neue kritik

AUS DEM INHALT:

Zum Beitrag W. Abendroths zur Theorie der sozialistischen Linken

Notdienstgesetz und freiheitlich-demokratische Grundordnung

Die neue Linke in England

Zum Verhältnis von Partei und Gewerkschaft

Zerfällt die VUS?

Buchbesprechungen

Berichte aus den Gruppen

neue kritik
informationen
Juni 1961

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)

Verantwortlich: Manfred Liebel
Offenbach am Main
v. Behringstraße 114

Redaktionsschluß
für die Juli-Ausgabe: 30. Juni

Postscheckkonto: 31 607 PschA, Ffm.

THESEN ZUR POLITIK DES SDS

1. Es genügt nicht, daß sich die sozialistischen Intellektuellen zur Wirklichkeit drängen. Es muß sich auch die Wirklichkeit zu ihnen drängen.

2. Als junge sozialistische Intelligenz haben wir nicht die Möglichkeit, von uns aus durch Aktivismus, "zündende Konzeptionen", d.h. also aus dem Kopf heraus -"voluntaristisch" - politische Veränderungen größeren Ausmaßes oder gar Massenbewegungen zu schaffen. Selbst der Erfolg der russischen Revolution gründete nicht primär in der Methode politischer Organisation und Aktion. Diese Methode ergab sich erst und war erst erfolgreich in einer sich verschärfenden Situation in Russland. Andererseits ist zugleich einschränkend hinzuzufügen, daß der Theorie und der Praxis der linken, der Arbeiterschaft verbundenen Intellektuellen eine relativ entscheidende Rolle in der Entwicklund des gesellschaftlichen Prozesses zukommt.

3. Verfehlt ist auch das andere Extrem der uralten sozialdemokratischen Krankheit des utopischen Automatismus, des Wartens auf die große Wende. Wer sich dem Automatismus sei es welcher Observanz (Trotzkismus, Krisenerwartung, Glaube an den Erlösungscharakter der "neuen" Technik, Hoffnung auf Auswirkungen der Emanzipation der Entwicklungsländer und andere dogmatische oder ethische Hoffnungen) hingibt , wer bis zum "Tage X" in den Ruhe- oder Wartestand treten, stillhalten, sich einigeln, im besten Falle "Kader für das Kommende schulen" will, abstrahiert vom gesellschaftlichen Prozeß. Er steht diesem Prozeß abstrakt, ja mit elitärer

Arroganz, die Sektierertum und Opportunismus zugleich beinhaltet, gegenüber.

4. Der SDS muß sich als ein Teil - und zwar als ein kleiner, aber aktiver und keinesfalls unbedeutender Teil - des gesellschaftlichen Prozesses begreifen, der zum Sozialismus tendiert, der nie still steht, sondern quantitativ gesehen immerzu fortschreitet und in größeren Zeitabständen umwälzende "Schübe" bewirkt. Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen:

   a) Wir haben in den verfassungsmässig uns nahe und offen stehenden, unserer politischen Frontstellung nicht entgegengesetzten Organisationen zu wirken: als vorantreibende, das Gesamtinteresse der Bewegung und die kritisch-verändernde Perspektive ständig und grundsätzlich vertretende Kraft. Das besagt, daß es nicht darauf ankommt, Positionen für einen"Tag X" zu besetzen und zu halten und im übrigen der status-quo-immanenten Routine dieser Positionen zu verfallen. Positionen, die nicht hic et nunc in der genannten Weise benutzt werden können, sind schädlich und führen zu verhohlenem oder unverhohlenem Opportunismus.

   b) Die Arbeit in den nahestehenden Organisationen darf unter dem Aspekt der kritisch-verändernden Perspektive freie und unabhängige Analyse der Gesellschaft einschließlich der Arbeiterbewegung nicht ausschliessen. Nur wenn diese Notwendigkeit voll berücksichtigt wird, kann die notwendige Aktivität Zweck und Erfolg haben. B e i d e Aufgaben wahrzunehmen, gehört zur Pflicht der jungen linken Intelligenz während der Periode scheinbarer Stagnation. Doch beide sind nicht nur Voraussetzungen für eine künftige Aktivität, beide Notwendigkeiten b e d i n g e n einander schon und gerade jetzt.

   c) Zwischen beiden Aufgaben besteht mehr oder weniger ein Widerspruch, der nicht einfach durch eine Generalformel zu lösen ist. Entscheidend ist für uns wie für alle Linken, daß wir uns dieses Widerspruchs ständig und konsequent bewußt sind und ihn nicht verdrängen, bagatellisieren und ideologisch vertuschen. Die praktische Vermittlung dieses Widerspruchs - einerseits in den nahestehenden Organisationen zu wirken, sie gegen Zersetzung, Gleichschaltung und Faschismus mit zu verteidigen, und andererseits nichts an notwendiger gesellschaftlicher Analyse und Kritik zu verschweigen - muß in den wechselnden Situationen mit welchselnden Methoden und in variierenden Formen verwirklicht werden.

5. Eine fundierte und mutig durchgeführte Aktion kann unter Umständen Jahre der Schulung aufwiegen; aber jede Aktion bedarf einer klaren Orientierung, wenn sie nicht in aktivistische Gymnastik ausarten soll. Das hat die Atom-Kampagne in den Jahren 1957-1961 mehr als schlagend bewiesen. Es hat sich - trotz aller Verbandskrisen - gezeigt, wie sehr fundierte praktische Aktionen bewußtseinsbildend und bewußtseinsklärend wirken. In diesen 4 Jahren wurde aus dem eher halbrechten als halblinken Verband eine - bei

allen Schattierungen und Fraktionen - generell linke Organisation, der sich nach Jahren der Stagnation viele kritisch-praktische und kritisch-theoretische Studenten anschlossen. Doch immer besteht die Gefahr, daß Theorie und Praxis auseinanderfallen. Der Verband kann gleicherweise im emotional desperaten Aktivismus verheizt oder in Zirkelesoterik totgeschult werden.

Die Waffe der Kritik kann nicht die Kritik der Waffen ersetzen.

ZUM BEITRAG WOLFGANG ABENDROTHS ZUR THEORIE DER SOZIALISTISCHEN LINKEN

Urs Müller-Plantenberg

Wolfgang Abendroth hat nie einen Trennungsstrich zwischen seinen wissenschaftlichen und seinen engagiert politischen Schriften gezogen. Vielmehr zeichnen sich die Aufsätze, die in politischen Zeitschriften erschienen sind, durch die gleiche theoretische Exaktheit und damit auch Schwierigkeit aus wie seine anderen Schriften, ja er geht sogar so weit, diesen Widerspruch völlig aufzuheben, indem er den Anspruch erhebt, anstehende Probleme "wissenschaftlich vom Blickpunkt der demokratischen Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung aus (II, S. 3) zu betrachten. Damit ergibt sich eine neue, im Grunde alte Begriffsbestimmung für die "Sozialistische Linke". Während es weitgehend zum Usus geworden ist, alle Strömungen und Gruppierungen, die radikalere Forderungen und schärfere Opposition als die Sozialdemokratische Partei anmelden, dazu zu rechnen, wird das Kriterium für die Zuordnung zur "Sozialistischen Linken" die Weise sein müssen, in der theoretische Durchdringung sozialer, politischer und staatsrechtlicher Probleme zur Vorbedingung politischer Praxis gemacht werden, der Grad also, in dem Theorie und Praxis im Element der Kritik dialektisch zur Einheit gebracht werden. Wolfgang Abendroth betrachtet entsprechend theoretisch-kritische Distanz zur Gesellschaft in der Wissenschaft und praktisch-kritisches Engagement an die Gesellschaft in der Politik nur als zwei Seiten ein und derselben Sache. Wirkliche Ansatzpunkte für neue theoretisch-objektive Einsichten in die Widersprüche der liberal-kapitalistischen Gesellschaft sind für ihn hauptsächlich nur in der Arbeiterschaft und ihren Organisationen vorhanden, d. h. vorwiegend in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei. Dafür führt er historisch-gesellschaftliche Gründe an, auf die noch eingegangen werden muß. "Wenn es nicht gelingt, trotz der Zerstörungen des Dritten Reiches, dem es gelungen war, durch seinen Terror die damals über siebzig Jahre alte Tradition geistiger Arbeit in der Arbeiterbewegung zu unterbrechen, jenes stolze Wort Franz Mehrings vom großen politischen Sinn der deutschen Arbeiterklasse wieder wahr zu machen, wird auch der zweite Versuch scheitern müssen, dem deutschen Volk trotz seiner langjährigen Unterwerfung unter Obrigkeitsstaat und Faschismus eine demo-

kratische Verfassung zu gewähren." (II, S. 4)

Es kann nicht die Aufgabe der folgenden Darstellung sein, einen Überblick über die gesamten Schriften Abendroths zu geben. Vielmehr wird es darauf ankommen, die wesentlichen Punkte anzuleuchten. Diese wären nach meinem Verständnis im wesentlichen die folgenden drei:

1) Abendroths Interpretation des Begriffs des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die sich daraus ergebenden Funktionen, Aufgaben und Rechte der Organisationen der westdeutschen Arbeiterschaft.

2) Abendroths Analyse der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung.

3) Die Durchführung seiner theoretischen Analyse und die sich daraus für ihn ergebenden praktischen Folgerungen in seinem Programmentwurf "Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie".

Soziale Demokratie als Aufgabe des Grundgesetzes und die Funktion der Gewerkschaften.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hat in Artikel 20 Abs. 1 die Bundesrepublik als demokratischen und sozialen Rechtsstaat charakterisiert, durch Artikel 28, Abs. 1 Satz 1 auch deren Länder verpflichtet, sich der darin enthaltenen Programmatik zu unterwerfen, und schließlich durch Artikel 79, Abs. 3 eine Änderung des Grundsatzes der demokratischen und sozialen Rechtsstaatlichkeit ausdrücklich für unzulässig erklärt. Das Grundgesetz hatte damit dem künftigen Gesetzgeber eindeutige Aufgaben gestellt, andererseits aber keine sozialen Grundrechte konstruiert und auch nicht durch verfassungsmässige Normen die Verfügungsrechte über das Eigentum an Produktionsmitteln und die anderen Einfallstore der Macht bevorrechtigter, aber in keiner Weise demokratisch legitimierter Gruppen über die Gesellschaft unmittelbar verändert. Möglichkeiten der Lösung dieser Frage wurden zwar offengelassen, etwa durch Artikel 15, der dem Gesetzgeber die Vergesellschaftung der Produktionsmittel freistellt, die Firmierung der Bundesrepublik als "sozial" hat jedoch an keiner anderen Stelle im Grundgesetz eine weitere konkret-inhaltliche Bestimmung erfahren. Das eröffnete die Möglichkeit, das Beiwort "sozial" zu einem unverbindlichen Gemeinplatz zu machen, wie es nach Meinung Abendroths etwa in Mangoldts Kommentar zum Grundgesetz wegweisend für andere geschehen ist. (II, S. 60) Aufgabe muß es dagegen seiner Meinung nach sein, dieses Beiwort in einen inhaltserfüllten, konkreten Begriff zu verwandeln. Die Notwendigkeit dieser Aufgabe ergibt sich nicht nur aus der verpflichtenden Norm des Grundgesetzes, sondern auch aus der Analyse der gesamtgesellschaftlichen Situation, d.h. der Widersprüche zwischen der liberal-kapitalistischen

Gesellschaftsordnung und ihren demokratischen, auf freie Selbstbestimmung der Gesellschaft zielenden Normen. Diese Normen können von der liberal-kapitalistischen Gesellschaft, die auf der Rechtsgleichheit und Freiheit der Rechtssubjekte beruht, jedoch nur dann geduldet werden, wenn sie über ein rein formales Ordnungsprinzip, das der Form nach auf die Allgemeinheit der Staatsbürger gerichtet, dem Inhalt nach jedoch durch Teilinteressen bestimmt ist, nicht hinausgehen. Das demokratische Prinzip, das seiner Natur nach dahin drängen muß, das Gesamtinteresse der Gesellschaft zu finden und gegen widerstrebende Teilinteressen durchzusetzen und zu verwirklichen, muß daher notwendig in Widerspruch zur liberal-kapitalistischen Gesellschaft geraten, die ihrer Konstruktion nach grundsätzlich nur Sonderinteressen isolierter Subjekte kennt. "Der innere Widerspruch des bloß formaldemokratischen Staates in der liberal-kapitalistischen Gesellschaft, die ihn erzeugt hat, bleibt deshalb bestehen und kann in der konkreten Lage, die in der gegenwärtigen Periode monokapitalistischer Entfaltung der modernen industriellen Massengesellschaft besteht, nur in zwei Richtungen seine Lösung finden: entweder erweitert sich die formale Demokratie der staatlichen Organisation zur sozialen der Ges ellschaft und entfaltet dadurch ihr eigenes Wesen; oder aber: die wirtschaftlichen Machtträger der Partialinteressen in der Gesellschaft streifen die demokratische Form der politischen Organisation - des Staates also - ab und begeben sich dabei auch ihrer liberalen Tradition" (II, S. 60). Was Abendroth unter sozialer Demokratie versteht, wird deutlich, wenn er sagt:"Der demokratisch organisierte Staat der modernen industriellen Gesellschaft kann seine soziale Verpflichtung nur dadurch erfüllen und gleichzeitig seine eigene Existenz nur dadurch sichern, daß er sein eigenes zunächst nur politisches Prinzip der Willensbildung auf die Gesellschaft und damit auf die Führung ihrer ökonomischen Grundlage überträgt" (II, S. 60 f). Die historischen Erfahrungen in Italien, Deutschland, Österreich und Spanien zeigen sich ihm als Beweise dafür, daß Demokratie als bloß formale Demokratie auf lange Sicht in unserer Zeit nicht mehr möglich ist. Von den in der liberal-kapitalistischen Gesellschaft aufgrund ihres Eigentums an Produktionsmitteln und mannigfacher noch vorhandener Bildungs- und Aufstiegsprivilegien bevorrechtigten Gruppen, die ihrem Wesen nach versuchen müssen, ihre Partikularinteressen auch politisch durchzusetzen, wird man nun keineswegs ein Eintreten für die Erweiterung der bloß formalen zur sozialen Demokratie erwarten können. In der heutigen Situation der interessengespaltenen Gesellschaft wenden sich vielmehr die Vertreter demokratisch nicht legitimierbarer partikularer Zielsetzungen nicht nur über Parteien und Parlament, sondern auch über den Einblick der Öffentlichkeit weitgehend entzogene Ministerialbürokratie, ja den Bundeskanzler selbst an den sich neutral verstehenden Staat.

In der Gleichsetzung aller sozialen Gruppen unter der Etikette "Pressure Group" sieht Abendroth ein wesentliches Element der Verschleierung der wirklichen Probleme, die sich mit der Aufgabe der sozialen Demokratie stellen. Er sieht dabei nicht nur den quantitativen Unterschied, der deut-

lich wird, wenn auf der einen Seite irgendwelche Industriellengruppen sich ohne Einschaltung der Öffentlichkeit um irgendeine Privilegierung bemühen und auf der anderen Seite ein Vorstoß einer breit organisierten Massenorganisation wie der Gewerkschaften zugunsten der Wahrnehmung der Interessen von Millionen ihrer Mitglieder öffentlich geführt wird, sondern er sieht auch qualitative Unterschiede. Wenn es auch Massenorganisationen gibt, die sich selbst bei Unterstützung durch die Masse ihrer Anhänger auf die Vertretung rein partikularer Interessen beschränken, so steht doch für Abendroth, der an dieser Stelle auf Alfred Weber verweist (II, S. 66), fest, daß in den Sonderinteressen der Gewerkschaften das Gesamtinteresse der Gesellschaft stets notwendig enthalten ist, das Interesse nämlich an der Si cherung der freien Selbstbestimmung der Gesellschaft, also der Demokratie, und an der Ausschaltung privile gierter Machtpositionen, die von der Gesellschaft her das demokratische Gefüge des Staates bedrohen können. "Die demokratische Zielsetzung ist ihnen.... notwendig immanent, solange sie ihr eigenes Wesen nicht preisgeben wollen....So sind die Gewerkschaften die natürliche n Hüter der Demokratie und jener Zielsetzung, die in Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes der Bundesrepublik enthalten ist" (II, S. 67).

Politische Theorie und politische Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung.

Ende 1958, also noch vor den entscheidenden Diskussionen über das Grundsatzprogramm der SPD verfaßte Wolfgang Abendroth für die "Neue Gesellschaft" einen Artikel unter dem Titel "Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung. Abendroth sieht zunächst davon ab, einen Trennungsstrich zwischen dem jungen und dem alten Marx zu ziehen, er sieht vielmehr in dem Denken von Karl Marx und Friedrich Engels eine geistige Einheit, die als umfassende Theorie der Gesellschaft und der Geschichte gleichzeitig eine Theorie der Politik bietet. Kernpunkte dieser Theorie sind einmal ihre kritisch-praktische Funktion, durch die die dialektische Einheit von Theorie und Praxis von vornherein hergestellt wird, zum anderen die Erhebung des Proletariats zum Subjekt des bewußten geschichtlichen Prozesses, soweit und sofern es seine objektive gesellschaftlich-geschichtliche Lage zu erkennen vermag und aus ihr mit dem Mittel der Aneignung der politischen Theorie des Marxismus sein Klassenbewußtsein entwickelt und in praktisch-politisches Handeln umsetzt. Ohne damit ihre Leistung schmälern zu wollen, führt Abendroth die politische Theorie des Marxismus doch auf ihren historisch-sozialen Ort zurück, indem er sie einerseits als das Ergebnis eines konkreten revolutionären Prozesses, andererseits als Ausdruck jener Situation der Klassenlage und der beginnenden Klassenkämpfe des industriellen Proletariats bezeichnet. Ohne die politische Theorie des Marxismus sind die ersten Versuche zur Formierung der deutschen Arbeiterklasse nach 1848 nicht zu verstehen; andererseits war eine volle

Rezeption der marxistischen Methode in dieser Periode wegen des Fehlens einer unmittelbar revolutionären Aufgabe nicht zu erwarten und noch nicht möglich. In der Periode des Sozialistengesetzes 1878-1890 wurde die Partei allerdings durch die Formen ihrer politischen Existenz wieder zu stärkerer Intensität der theoretischen Durchdringung ihres praktischen Verhaltens gezwungen, zumal ihr durch die politische Selbstaufgabe des bürgerlichen Liberalismus das Monopol der Vertretung demokratischen Denkens in Deutschland zugeschoben wurde. Dieser Prozess gipfelte im Erfurter Programm von 1891. Da aber nach Meinung Abendroths auch in dieser Periode bis zum Ersten Weltkrieg unmittelbare revolutionäre Aufgaben nicht als gestellt erschienen, wurde die Funktion des Marxismus weitgehend auf die Integration einer aufsteigenden proletarischen Bewegung beschränkt. "Der Widerspruch zwischen der Funktion und dem revolutionären Inhalt der politischen Theorie und der realen Existenz der Arbeiterorganisationen, die sich zu ihrer Formierung dieser Theorie bedienen mußten, aber in ihrem praktischen Verhalten unvermeidlich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft zu verbleiben hatten, mußte sich in den verschiedensten Formen zeigen" (VI, S. 467). Er führte schließlich zu einem ökonomisch-fatalistischen Mißverständnis der Marx'schen Verelendungsthesen und damit zu einer Verwandlung des revolutionären Auftrages des Proletariats in eine bloße fatalistisch-passive Zukunftserwartung.

Der Versuch Bernsteins, diesen Widerspruch durch Auflösung der Theorie in praktische Anweisungen zur "Realpolitik" einer Reformpartei einerseits, in von der Praxis getrennten "ethischen" humanitären Idealismus andererseits zu lösen, wird von Abendroth als der erste Versuch bezeichnet, "die Theorie, die als dialektische Einheit von Theorie und Praxis im gesamtgeschichtlichen Prozess vom Standpunkt des Proletariats aus auftreten wollte, den Bedürfnissen eines aus dem gesamtgeschichtlichen Prozess isolierten bloßen Moments in der praktischen Verhaltensweise dieses Subjekts der Geschichte, des Proletariats, zu unterwerfen und dadurch zu zersetzen" (VI, S. 468).

Weil sich die unmittelbare Wirksamkeit der Organisation und ihrer zur bloßen Integrationsideologie herabgesunkenen Theorie in dieser Periode nur im Bereich der Lohnkämpfe und der Sozialpolitik zu erweisen vermochte, befaßte sich die Weiterentwicklung des auf Praxis bezogenen Denkens auch nur mit diesen Arbeitsbereichen, während auf der anderen Seite, in den Schriften Karl Kautskys und Franz Mehrings etwa, abstrakte Theorie und theoretische Durchdringung historischer und jenseits der Praxis liegender Probleme möglich blieb. Die dialektische Einheit von Theorie und Praxis blieb so aufgrund des Organisationsgefüges der Arbeiterbewegung in einer sich ihr versperrenden bürgerlichen Gesellschaft weiterhin verschüttet. Erst mit der Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze auf der Grundlage der monokapitalistischen Gesellschaft und die daraus resultierende Stellung neuer unmittelbar revolutionärer Aufgaben für die deutsche Arbeiterschaft konnte erneut die Frage auf werfen: Rückbeziehung der Theorie auf die Konkretisierung der praktisch-revolutionären Aufgabe des Proletariats oder weitere Entfremdung

der Theorie zur reinen Integrationsideologie. Karl Kautsky als Repräsentant des offiziellen Marxismus wählte den zweiten Weg, wofür Abendroth Kautskys mangelnde philosophische Schulung an Hegels Dialektik und psychologische Komponenten verantwortlich macht.

Wie Abendroth überall die in der praktischen Situation begründeten Hindernisse für die volle Wiederherstellung des Marx'schen Gedankens der Einheit von Theorie und Praxis aufzudecken sucht, so auch für das Denken Rosa Luxemburgs in der Phase der Novemberrevolution. Da sich die institutionalisierte Apparatur der deutschen Arbeiterbewegung als Hindernis des Übergangs zu einer der neuen Situation adäquaten revolutionären Praxis erwiesen hatte, entsteht nämlich nun unter der Führung R[illegible] Luxemburgs in der marxistischen Linken die Wende zu einer Vernachlässigung des Organisationsdenkens durch die Spontaneitätstheorie, die sie schließlich zur Unterwerfung unter die utopischen Beschlüsse des Gründungsparteitages der KPD führte.

Der theoretische Marxismus blieb zwar auch in der Periode der Weimarer Republik der Boden der geistigen Auseinandersetzung der deutschen Arbeiterbewegung, der praktische und ideologische Gegensatz zwischen SPD und KPD wurde aber immer größer. "Durch die offenkundige Widerlegung der bloßen Spontaneitätstheorie verführt, verwandelte die KPD den Sieg der russischen Oktoberrevolution und die sowjetische Herrschaft in Rußland in einen Mythos, der keinerlei kritische Besinnung über die besonderen Bedingungen jener russischen Revolution.... einbezog. Im Gegensatz zu den Auffassungen von Karl Marx.....und Friedrich Engels....dogmatisierte sie die Erfahrungen der russischen Revolution dahin, daß der inhaltliche Prozess der proletarisch-sozialistischen Revolution unter allen Umständen auch gegenüber bürgerlich-demokratischen Staaten die Form des gewaltsamen Aufstandes und nach dessen Sieg die russische Form der proletarischen Diktatur anzunehmen hätte" (VI, S. 471). Ebenso dogmatisierte sie die den praktischen Bedingungen des deutschen Klassenkampfes gar nicht angemessene Lenin'sche Parteitheorie, die jede geistige Auseinandersetzung in ihrer Partei ausschloß.

In der Sozialdemokratie hingegen konnten die relativ realistischen Vorstellungen Hilferdings und Wissells keinen tatsächlichen Einfluß auf die Politik der SPD ausüben, da diese es verlernt hatte, in anderen als sozialpolitischen Kategorien zu denken und darüberhinaus ihre zentrale Aufgabe darin sah, den bürgerlich-demo kratischen Rechtsstaat gegen den Anprall des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung zu schützen. Durch die Verschmelzung der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie in den staatlichen Hoheitsapparat wurde "die Theorie aus einer Integrationsideologie in blossen Schein, in terminologisch-agitationstechnische Verhüllung des Ruhebedürfnisses und der Stabilitätsillusionen bürokratischer Schichten verwandelt" (VI, S. 472) . In der geschichtlichen Wirklichkeit wurde

nunmehr unvermeidlich die deutsche Arbeiterklasse zum bloßen Objekt der Entwicklung" (VI, S. 472).

In der Zeit der dezisionistisch-totalitären Diktatur des Nationalsozialismus erwies sich immerhin die moralische Substanz der politischen Theorie des Marxismus als die einzige, die zunächst breitere Bevölkerungsgruppen zum Widerstand befähigen konnte. Gleichzeitig kam es in der Emigration der sozialdemokratischen Bewegung zu einer Renaissance des marxistischen Denkens, stark beeinflußt durch die theoretischen Arbeiten Otto Bauers. Die in der Sowjetunion zutagegetretenen Entfremdungserscheinungen gegenüber der marxistischen Theorie, bedingt durch die Notwendigkeit des Nachholens der ursprünglichen Akkumulation, verhinderten jedoch eine volle Rückwendung zu realem marxistischem Denken. Für das völlige Verschwinden marxistischer oder quasimarxistischer Denkformen u. Terminologien in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg führt Abendroth eine ganze Reihe von Gründen an: die Inanspruchnahme des Marxismus und gleichzeitige Verhinderung jedes eigenständigen Denkens im heutigen Gebiet der DDR, die umso abschreckender war, als sich in ihrem Namen eine erhebliche Senkung des Lebensstandards durch die Reparationsleistungen an die Sowjetunion vollzog; der nahezu völlige Verschleiß der alten marxistisch geschulten Kader in der Periode des Nationalsozialismus, das Heraufkommen einer neuen Generation in der Sozialdemokratie, die die marxistische Theorie fast gar nicht kennt", aber unvermeidlich ihre geistige Schulung den Vertretern jener bürgerlichen Sozialwissenschaft verdankt, die stets... die Apologie der existenten Gesellschaftsordnung und unkritische Anbetung der Fakten des jeweiligen Tages.... zum wesentlichen Inhalt hatte (VI, S. 475), die erneute Verschmelzung des bürokratischen Apparats der Arbeiterbewegung mit dem der Länder, Kommunen, Sozialversicherungen, ja sogar mit dem wirtschaftlichen Management, schließlich die Tatsache, daß sich all diese Entwicklungen in einer Zeitspanne der Höchstkonjunktur vollzogen, die die Wirtschaft zu weitgehenden sozialpolitischen Konzessionen bereit machte.

"Diese Situation könnte einer krisenhaften Veränderung nicht standhalten und müßte bei deren Eintritt die westdeutsche Arbeitnehmerklasse erneut führungslos und wehrlos machen. Sie könnte nur dadurch behoben werden, daß die Reste der marxistischen Theorie in Deutschland die Fähigkeit zurückgewinnen, die Konkretisierung ihres Denkens zur Ermittlung des nächsten Schrittes ihrer politischen Praxis, zur Ergreifung des nächsten Kettengliedes der Entwicklung voranzutreiben" (VI, S. 477).

Aufgaben und Ziele der Sozialdemokratie.

Den Versuch einer solchen Konkretisierung hat Wolfgang Abendroth selbst am klarsten in seinem Entwurf für ein Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unternommen. Er geht dabei von einer theoretischen Analyse der gesellschaftlichen Lage im kapi-

talistisch organisierten Teil der Welt aus, um von dort her die notwendigen programmatischen Forderungen der Sozialdemokratie für eine Umgestaltung der Bundesrepublik zu bestimmen, soweit sie die Bereiche Staat und Recht, Wirtschaft und Sozialpolitik, Kulturpolitik und Außenpolitik betreffen.

Kernpunkt der vorangehenden Analyse ist die Feststellung eines Prozesses der ständig zunehmenden Monopolisierung der wirtschaftlichen Macht, die die Kleinunternehmen immer mehr zurückdrängt, die Masse der Produzenten von den Produktionsmitteln trennt und zu Arbeitnehmern macht, jede demokratische Kontrolle des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses verhindert, das volkswirtschaftliche Gesamtinteresse ihrem Sonderinteresse auf Erweiterung von Profit und Machtbereich opfert und ihrerseits durch Druck auf den Staat die Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit zu bringen sucht. Andererseits war diese Monopolisierung der Produktionsmittel erst die Voraussetzung für die gewaltige Entwicklung der Technik und die Erhöhung der Produktivität der menschlichen Arbeit. Die Entwicklung mancher Industriezweige wie der chemischen Industrie und der Auswertung der Atomenergie konnte jedoch nicht -mangels ausreichender Investitionskraft der Konzerne und Trusts - auf direktem Wege geleistet werden, sondern bedurfte und bedarf der Vermittlung der Staatsgewalt und ihrer militärischen Bedürfnisse, derer sich nun ihrerseits die Monopole wiederum bedienen. Der Kampf der miteinander ringenden riesigen Monopole und Oligopole untereinander und mit der nichtkapitalistischen Welt um die Beherrschung der Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen bedroht nach Meinung Abendroths die Welt immer wieder mit Krieg und damit mit Untergang in die Barbarei. "Andererseits ist der Krieg und die durch die Angst vor dem nächsten Krieg ermöglichte ständige Steigerung der Rüstungsausgaben durch die öffentliche Gewalt geradezu zur Bedingung des weiteren technischen Fortschritts geworden, solange dieser Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung nicht aufgehoben werden kann" (VII, S. 2). Es wird dabei von Abendroth nicht verkannt, daß innerhalb dieses Widerspruchs durch die Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit während der Konjunkturperioden auch eine erhebliche Steigerung des Lebensstandards der arbeitenden Schichten möglich und wirklich wird. Andererseits wird die Krise nicht nur immer wieder die Lebenshaltung der breiten Massen in Frage stellen, sondern auch die Gefahr erhöhen, "den Ausweg durch Vergrößerung der Rüstungsproduktion und damit der Kriegsgefahr und zuletzt im Kriege zu versuchen, der in der gegenwärtigen Lage der atomaren Bedrohung das Ende der Zivilisation in den bereits industriell entwickelten Ländern mit sich bringen müßte" (VII, S. 3). Die "hysterische antibolschewistische Propaganda" als Erziehung zu ständiger Kriegsbereitschaft wird hiermit in Zusammenhang gebracht. Träger des Widerstandes und der schließlichen Auflösung des so geschilderten Widerspruchs kann nur die Arbeitnehmerklasse sein, die nicht in ihrer Klassenlage und in ihrem dauernden Klasseninteresse, sondern nur in Randinteressen und im Grade ihres Klassenbewußtseins differenziert ist und in der Arbeiterklasse ihre Kernschicht besitzt. Aufgabe der Sozialdemo-

kratie muß es daher nach Abendroth sein, die Lebenshaltung der Arbeitnehmer im Kampf zu erhalten und zu erweitern und die monokapitalistische durch eine im gesellschaftlichen Gesamtinteresse demokratisch geplante sozialistische Produktionsweise zu ersetzen, was nur gelingen wird, wenn der Kampf "zielbewußt zum politischen Kampf um die Staatsmacht erweitert wird" (VII, S. 3). Abendroth weist dann auf die im Zusammenhang mit der Monopolisierung ständig wachsende Bedeutung der Staatsgewalt durch Kompetenzenhäufung und Bürokratisierung hin und auf das Interesse der herrschenden Schichten, über den Staat die geistige Selbständigkeit in den anderen Schichten auszuschalten, "sei es in Konjunkturperioden mit dem Mittel eines durch sozialen Druck erzeugten Konformismus in der öffentlichen Meinung, sei es in Krisenperioden mit dem Mittel des offenen und brutalen faschistischen Terrors....Die spätkapitalistische Gesellschaftsstruktur erzeugt daher immer erneut die Tendenz zur faschistischen Diktatur,.. gleichgültig durch welche Ideologie verhüllt sie auftreten mag" (VII, S. 5). Aufgabe der Sozialdemokratie wird es damit, die politische Demokratie durch systematische Übertragung des Prinzips der demokratischen Gleichheit und der demokratischen Willensbildung auf Wirtschaft und Gesellschaft mittels des Gesetzes zur sozialen Demokratie zu erweitern, und darunter versteht Abendroth, wie wir schon sahen, die "planende gemeinsame Verwaltung des gesellschaftlichen Lebensprozesses durch die gleichberechtigten Glieder der Gesellschaft"(VII, S. 6). Damit sind die Aufgaben für die Wirtschafts- und Sozialpolitik bereits weitgehend gestellt. Kennzeichnend für Abendroth ist dabei besonders, daß er das Streikrecht für die Gewerkschaften auch für die Zeit der werdenden sozialistischen Gesellschaft fordert, als Gegengewicht gegen die bürokratischen Tendenzen, die "aus der alten Gesellschaft noch für lange Jahrzehnte in sie hineinragen werden" (VII, S. 9). Weiterhin fordert er systematische Unterstützung der genossenschaftlichen Zusammenschlüsse von Kleinproduzenten und Bauern, um sie in den Stand zu setzen, sich modernen Produktionsmethoden anzupassen und aus einer Situation zu befreien, in der sie ständiger offener oder verhüllter Subventionierung bedürfen.

Neben seinen Forderungen zur Kulturpolitik, die hier übergangen werden müssen, sind besonders die Argumentationen zur Außenpolitik für unseren Zusammenhang von besonderer Wichtigkeit. Abendroth stellt nämlich fest, daß die Sozialdemokratie die Außenpolitik nicht isoliert betrachten dürfe, daß vielmehr Außen- und Innenpolitik eine untrennbare Einheit darstellen. Er geht davon aus, daß das rasche Wachstum der Produktivität und der Massenbildung unter den Bedingungen der sowjetischen Planwirtschaft in Rußland die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, den Überbau der bürokratischen Diktatur über der sowjetischen Gesellschaft zu verändern und der nichtkapitalistischen Wirtschaft demokratischen Inhalt zu geben. In den wenn auch widerspruchsvollen Prozessen seit dem Tode Stalins und dem 20. Parteitag der KPdSU sieht er konkrete Anzeichen dafür. "Aber diese Tendenzen können sich nur durchsetzen, wenn die Gefahr des gewaltsamen Zusammenstoßes zwischen den Mächten gemindert, wenn die

agressiven Bestrebungen gegen die Sowjetunion in den kapitalistisch organisierten Staaten zurückgedrängt werden. Jede Steigerung der außenpolitischen Spannungen, jede Erhöhung der Kriegsgefahr stärkt die stalinistischen Bestrebungen im Sowjetblock, wie jeder stalinistische Rückfall in einem Lande des Sowjetblocks diese aggressiven Tendenzen und damit die Gefahr faschistischer innenpolitischer Entwicklung in kapitalistischen Ländern vergrößert" (VII, S. 15). Von diesen Prämissen her muß es Ziel jeder sozialdemokratischen Außenpolitik sein, das Verbot der atomaren Rüstungen, den Abbau der anderen militärischen Rüstungen zu fördern und die völkerrechtliche Sicherung eines Ausgleichs im System der Vereinten Nationen zu erzielen. Damit würde die Sozialdemokratie zugleich, wie Abendroth sagt, der Vorbereitung der Wiedervereinigung des deutschen Volkes dienen. "Der Sieg des Sozialismus in einem industriell hochentwickelten Lande wäre der wichtigste Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens, der geleistet werden kann" (VII, S. 154).

Dieser Programmentwurf war, wie gesagt, nur ein Entwurf und sollte als Grundlage einer ausführlichen theoretisch-kritischen Diskussion dienen. Er wurde von einer Unterabteilung der Partei als formeller Antrag an den Godesberger Parteitag eingebracht, dort aber nicht diskutiert. Damit hat sich bewahrheitet, was Wolfgang Abendroth 1958 in bezug auf die Sozialdemokratie schrieb: "Zunächst scheint sich... die Selbstaufhebung einer politischen Theorie vollendet zu haben, die ihrer Intention, Theorie und Praxis zu vereinen, wegen der ständig wiederholten Kapitulation der Theorie vor der nicht mehr als Prozess verstandenen Praxis nicht gerecht geworden ist" (VII, S. 477). Für Wolfgang Abendroth kann die Antwort auf diese Situation nicht in der Resignation, sondern nur in dem Aufruf zu intensiverer auf politische Praxis gerichteter theoretischer Arbeit liegen.

Literatur (Auszug)

I. Wolfgang Abendroth: Die deutschen Gewerkschaften, Weg demokratischer Integration, Heidelberg 1954

II. ders. und Herbert Sultan: Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie, Hannover/Frankfurt/Main 1955 (darin auch die wesentlichen Aufsätze aus dem Gewerkschaftlichen Monatsheften von vor 1955 und aus der Bergsträßer-Festschrift von 1954)

III. Wolfgang Abendroth: Demokratische Wachsamkeit tut not, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 1958

IV. ders. Obrigkeitsstaat und soziale Demokratie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1959

V. ders. Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungs-

gerichtes. Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat, in: Zeitschrift für Politik, Jg. 1956

VI. ders. Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: Neue Gesellschaft, Jg. 1958

VII. ders. Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie (Programmentwurf). Als Manuskript gedruckt.

VIII. ders. Die Chancen der Sozialdemokratie nach dem 15. September 1958 (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für den wissenschaftlichen Sozialismus, Hgb. Franz Rotter; auch in'Geist und Tat" Jg. 1957)

IX. ders. Ein Programm-Entwurf der Anpassung und Resignation; in:'Standpunkt" - Bundesorgan des SDS, Nr. 3/4 Jg. 1959, S. 6-8

X. ders. Form und Funktion der Arbeiterjugendorganisationen; in: mitteilungsblatt, jungsozialisten Bezirk Hessen-Süd, Hft 4/1961, S. 44 ff, auch "Pläne" Heft. 9-10/60, S. 9-10

XI. ders. Verschiedene Beiträge in: "Sozialistische Politik", seit 1957 und in: "Funken" (insbesondere:"Von der bürgerlichen zur autoritären Diktatur")

NOTDIENSTGESETZ UND FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth

Die Entscheidung darüber, ob es gelingt, das Grundgesetz und seine freiheitlich-demokratische Ordnung gegen die drohende autoritäre, teilweise sogar totalitäre Unterwanderung zu schützen, fällt im politischen Ringen um die öffentliche Meinung. Die Aufgabe der Juristen, die zur Verteidigung des Grundgesetzes verpflichtet sind, ist deshalb vor allem die Mobilisierung der öffentlichen Meinung und die Teilnahme an diesem politischen Kampf.

Daß dem so ist, wird deutlich an der Bundestagsdrucksache 1806 am Entwurf eines Notdienstgesetzes. Es scheint mir notwendig, darauf hinzuweisen, daß zu der Zeit, als die Bundestagsdrucksache 1800, d. h. der Entwurf zu einem Notstandsgesetz, in den Köpfen der Ministerialbürokraten des Bundesinnenministeriums entstand und dann

zur Kabinettsvorlage wurde, die Bundesregierung noch der Ansicht war, daß es notwendig sei, Art. 12 GG einschränkbar zu machen, um das bewirken zu können, was die Bundesregierung im Notstand wollte, nämlich eine Zwangsarbeitsverpflichtung des gesamten deutschen Volkes. Als es zum nächsten politisch wichtigen Entwurf kam, zur Bundestagsdrucksache 1806, war die geistige Reife der Bundesregierung schon wesentlich weiter gediehen. Sie hatte nämlich inzwischen entdeckt, daß man diese Zwangsarbeitsverpflichtung des deutschenVolkes auch ohne Änderung oder Aufhebung des Art. 12 im Wege der einfachen Gesetzgebung haben könne. Art. 12 Abs. 1 GG lautet: Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz geregelt werden".

Art. 12 Abs. 2 Satz 1 hat den Wortlaut:"Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht."

Dann folgt die Grundgesetzänderung über den Ersatzdienst für solche, die den Kriegsdienst verweigern. Jetzt geht es im Entwurf des Notdienstgesetzes darum, dafür zu sorgen, daß, wenn es der Bundesregierung einfällt, jedermann zu jeder durch die Bundesregierung gewünschten Arbeit öffentlich-rechtlich verpflichtet werden kann. Personen, die im Geltungsbereich dieses Gesetzes ihren ständigen Aufenthalt haben, also keineswegs nur Bundesbürger,sind nach Maßgabe vom § 1 Abs. 1 dieses Gesetzentwurfs verpflichtet, Notdienst zu leisten. Gegenstand des Notdienstes sind gemäß § 1 Abs. 2 Dienstleistungen nicht militärischer Art für lebens- und verteidigungswichtige Aufgaben im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Streitkräfte sowie für Aufgaben im nichtöffentlichen Bereich, die dem Schutz der Zivilbevölkerung oder der Herstellung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft dienen. Wie diese Aufzählung zeigt, ist nicht nur im Verteidigungsfalle, sondern auch im "drohenden" Verteidigungsfalle (§ 1 Abs. 3 Satz 2) dann schlechthin jede Arbeit nahh der Willkür dessen, der über diese Bestimmungen zu verfügen hat, in Notdienstpflichtform anforderbar geworden, wenn dieser Gesetzesentwurf Gesetz wird.

Zunächst schien es noch, daß die Bundesregierung annahm - man sieht es in der Bundestagsdrucksache 1800 zu Art. 115 a - daß man, um solche Ergebnisse zu erzielen, im Notstand oder im Verteidigungsfalle von den Schranken des Art. 12 GG befreit werden müsse. Jetzt aber in diesem Gesetzentwurf zur Notdienstpflicht war die Bundesregierung zu der Auffassung gelangt, das sei nicht nötig, sie könne vielmehr dieses Ergebnis durch ein einfaches Gesetz im RAhmen des Art. 12 durchaus erzielen.

Dazu möchte ich zunächst auf den Wortlaut des Art. 12 hinweisen, der deutlich macht, worum es hier geht. In der Begründung der Bundesregierung wird behauptet, dieser Wortlaut stünde einer generellen Notdienstpflicht nicht entgegen, denn nach Art. 13 Abs. 2 Satz 1 GG, den ich schon zitiert habe, ist es ja durchaus möglich, im Rahmen einer herkömmlichen, allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienst-

leistungspflicht, jedermann zu Zwangsarbeit zu verpflichten und also vom Grundsatz des Art. 12 Abs. 1 abzusehen und die Bewohner des Territoriums der Bundesrepublik zu einer bestimmten Arbeit zu zwingen. Die Bundesregierung hält es für herkömmlich, daß im Verteidigungsfalle oder im drohenden Verteidigungsfalle Dienstverpflichtungen beliebiger Art verkündet werden.

Der Entwurf der Bundesregierung verweist zunächst auf die Gesetzgebung des 5. Dezember 1916, auf das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. Während des ersten Weltkrieges wurde dieses Gesetz nach mehr als zweijähriger Kriegsdauer geschaffen. Die Gesetzesbegründung der Bundesregierung ist dann kühn genug, zwecks Legalisierung der "Herkömmlichkeit" ihres Unterfangens in aller Unbefangenheit das ganze System der wehrwirtschaftlichen Notdienstverordnungen Adolf Hitlers von der Verordnung vom 15. Oktober 1938 an für sich in Anspruch zu nehmen und es wegen seines mangelnden Perfektionsismus zu schelten. Wehrwirtschaftliche Dienstleistungsverpflichtungen seien also durchaus herkömmlich, denn Hitler habe sie jedenfalls bereits verkündet. Da inzwischen das Grundgesetz durch mehrere Artikel zwecks Institutionalisierung der Bundeswehr ergänzt worden ist, habe sich der ursprüngliche Sinn von Art. 12 GG automatisch geändert und der Begriff der Herkömmlichkeit in Abs. 2 Satz 1 entsprechend extendiert.

Nun muß man wissen, daß Art. 12 zunächst im Parlamentarischen Rat im Ausschuß für Grundsatzfragen in einer Fassung, die diese Schranken nicht so deutlich kannte, diskutiert worden ist. Im ursprünglichen Art. 5 Abs. 2 Satz 1, der dann zu Art. 12 wurde, hieß es: "Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht". Noch fehlte also der Terminus "herkömmlich". Aber das erregte erhebliche Bedenken. So hat in der 5. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen am 29. September 1949 Carlo Schmid verlangt, daß man Ausnahmen von der Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes nur in solchen Fällen tolerieren könne, in denen Katastrophen oder ähnliche Umstände zu Eingriffen zwingen. Weil Deutschland immerhin eine gewisse Vergangenheit hinter sich hätte - eben jene, auf die die Begründung der Bundesregierung sich beruft - müsse das deutlich zum Ausdruck gebracht werden. Deshalb wurde in der ersten Lesung des Hauptausschusses das Wort "herkömmlich" der bisherigen Formulierung zugefügt. So betonte in der 18. Sitzung des Hauptausschusses - das war am 4. Dezember 1948 - der Abgeordnete Dr. Eberhard, die Einfügung des Wortes "herkömmlich" werde unmöglich machen, daß unter Berufung auf diesen Absatz der Arbeitsdienst oder ähnliche Formen des Dritten Reiches wieder eingeführt werden könnten. Daß damals noch niemand gewagt hätte, die Wiedereinführung der viel gefährlicheren wehrwirtschaftlichen Notdienstpflicht Adolf Hitlers auch nur als noch so entfernte Möglichkeit zu erwägen, bedarf keines Hinweises. Carlo Schmid regte darüber hinaus an, die Worte "örtlich begrenzt" hinzuzufügen. Doch gab man diesen Gedanken wieder preis, weil auch er glaubte, mit dem Wort "herkömmlich" durchaus auszukommen,

nachdem Dr. Eberhard darauf verwiesen hatte, daß ohnedies nur örtlich begrenzte Dienste herkömmlich seien. Im Redaktionsausschuß des Parlamentarischen Rates wurde dann zwar beschlossen, das Wort "herkömmlich" wieder zu streichen, und zwar ausdrücklich, weil er die Einführung einer neuen Dienstleistungspflicht unter gewissen, bisher noch nicht aufgetretenen Gesichtspunkten nicht absolut unmöglich machen wollte. Der Hauptausschuß hat dann aber diese Anregung des Redaktionsausschusses nachdrücklich abgelehnt und das Wort "herkömmlich" im Text belassen.

Auch bei der zweiten Lesung des Grundgesetzes hat sich der Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates nochmals über die Bedeutung der Terminologie "herkömmlich" auseinandergesetzt, und zwar am 19. April 1949. Dabei bestand Einigkeit darüber, daß als "herkömmliche" Dienstleistungen Hand- und Spanndienste, Deich-Dienste, Katastrophen-Hilfen, Hochwasserschaden-Bekämpfung und ähnliche Hilfsleistungen aufzufassen seien. Es ist das Verdienst von Rechtsanwalt Dr. Otto Kunze an diese Zusammenhänge in "Die Quelle; 1961 S. 23 ff erinnert zu haben.

In der gesamten Literatur bestand vor Einbringung der Bundestagsdrucksache 1806 über diese Probleme kein Zweifel. Niemals wurde auch nur versucht, die Extension des Herkömmlichkeitsbegriffes auf wehrwirtschaftliche Dienstpflichten zu erwägen. Ich verweise auf den Beitrag Bachof in Betterman-Nipperdey-Scheuner, Die Grundrechte III, 1 S. 260 f; von Mangold-Klein, Art. 12 Anm. VII 2b; Abraham im Bonner Kommentar, Art. 12 Anm. B 3, 9 und 10 S. 143 und 153, der zu der logisch notwendigen Folgerung der verfassungsrechtlichen Unzulässigkeit jeder Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels und des Kündigungsrechts der Arbeitnehmer zu Recht auf LAG Düsseldorf in JW 1950 S. 718 f hinweist. So besteht kein möglicher Zweifel daran, daß dieser Gesetzentwurf, den die Bundesregierung als einfaches Gesetz einbringen will, grundgesetzändernd ist, und nur nach einer Änderung des Wortlauts von Art. 12 Abs. 2 Satz 1 GG Gesetz werden könnte. Die Bundesregierung hat sich über diese Erwägung hinweg gesetzt. Es ist zu hoffen, die die Opposition diese drohende Grundgesetzverletzung rügen und nicht zulassen wird, nachdem der DGB-Vorstand auf Initiative der IG Metall festgestellt hat, daß der in der Bundestagsdrucksache 1806 enthaltene Gesetzesvorschlag der Bundesregierung grundgesetzwidrig ist.

Die totale Mobilisation der Gesellschaft zu wehrwirtschaftlicher Pflichtarbeit, die § 1 des Gesetzentwurfes enthält, ist mit der Gedankenwelt eines freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates unvereinbar. Die Bundesrepublik würde durch die Annahme dieses Gesetzes aber auch gegen völkerrechtliche Pflichten verstoßen. Sie hat das Internationale Übereinkommen des Internationalen Arbeitsamtes Nr. 105 durch Gesetz vom 20. April 1959 ratifiziert und in Kraft gesetzt, durch dessen Präambel ein Abkommen des Internationalen Arbeitsamtes vom 1. Mai 1932 , bestätigt wird, ein Abkommen, das zu dieser Problematik der Dienstverpflichtungen in der Bevölkerung Stellung nimmt, zu jener Problematik, die man in den durch das IAA. vermittelten völkerrechtlichtlichen Regelungen als Zwangs-

arbeit umschreibt. In diesem Abkommen hieß es in Art. 1, daß sich alle teilnehmenden Staaten verpflichten, die Zwangs- und Pflichtarbeit möglichst bald abzuschaffen und sie bis zu ihrer vollen Beseitigung nur für öffentliche Zwecke und dann auch nur ausnahmsweise zur Anwendung zu bringen. Damit ist eine absolute Schranke gegen jede Neubegründung solcher Pflichten zu "Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat" (§ 2 Abs. 1 des Abkommens vom 1. Mai 1932) entstanden.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß § 2 Abs. 2 "Arbeits- oder Dienstleistung in Fällen höherer Gewalt, nämlich im Falle von Kriegen oder wenn Unglücksfälle eingetreten sind oder drohen, wie Feuersbrunst, Überschwemmung, Hungersnot, Erdbeben, verheerende Menschen- und Viehseuchen und Pflanzenplagen" zuläßt, wird der Entwurf der Bundesregierung dadurch nicht gerechtfertigt. Denn er besagt in § 1 Abs. 3, daß der Notdienst angefordert werden kann, wenn

a) "durch eine fremde bewaffenete Macht Feindseligkeiten gegen die Bundesrepublik eröffnet sind" auch insoweit könnte der Kriegsfall unterstellt werden; oder

b) "der Eintritt des Verteidigungsfalles festgestellt ist (Art. 59 a GG)" - das wäre mit der Formulierung des Internationalen Arbeitsamtes eventuell in Übereinstimmung zu bringen; oder

c) "die Bundesregierung feststellt, daß Notdienstleistungen im Hinblick auf einen drohenden Verteidigungsfall erforderlich sind."

Das steht in eindeutigem Widerspruch zum Abkommen des Internationalen Arbeitsamtes. Der Notdienst soll also präparativ zu wehrwirtschaftlichen Zwecken verkündet werden können, und zwar durch die Bundesregierung. Der Bundesregierung wird durch § 1 Abs. 3 Satz 3 des Entwurfs eine Diktaturgewalt umfassender Art, die sich über die Grundrechte des Art. 2 und Art. 12 GG hinweg setzt, im Wege der einfachen Gesetzgebung zugeschoben. Daß hierdurch nicht nur Art. 59 a GG umgangen, sondern auch Art. 1 Abs. 3 und 19 Abs. 1 und 2 GG gröblich verletzt wird, scheint mir gleichzeitig ausdrücklicher Feststellung zu bedürfen. Ich möchte jetzt davon absehen, die außenpolitische Problematik dieser Fragen eingehend zu überprüfen. Ich verweise aber darauf, daß Deutschland nicht gerade als friedliebende Nation bekannt ist, wenn man den Ausbruch und Verlauf des zweiten Weltkrieges in Betracht zieht. Man sollte sich jedoch erinnern, daß Deutschland während des ersten Weltkrieges erst mehr als zwei Jahre nach Kriegsausbruch in einer inhaltlich rechtsstaatlichen Form, wenn wir das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst mit dem vorliegenden Gesetzentwurf vergleichen, eine erheblich begrenzte Notdienstpflicht geschaffen hat, also während des Krieges nach langer Kriegsdauer.

Präparativ wurden vor einem Krieg Verordnungen und Gesetze dieser Art in der deutschen Rechtsgeschichte nur einmal geschaffen, nämlich vor dem zweiten Weltkrieg, und zwar 1938 durch die Notdienstverordnung vom 15. Oktober (RGBl. I, 1441), 1939 durch die Verordnung zur Sicherung

des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 13. Februar (RGBl. I 206) und nach dem Kriegsausbruch durch die erste Durchführungsverordnung zur Notdienstverordnung vom 15. September 1939 (RGBl. I, 1774).

Es besteht kein Zweifel daran, geschichtswissenschaftlich nicht wie auch nach der Deutung dieser Dinge in der öffentlichen Meinung des gesamten Auslandes nicht, daß diese Begründung einer Notdienstpflicht zu wehrwirtschaftlichen Zwecken seit dem Jahre 1938 gleichzeitig der bewußten Vorbereitung eines Angriffskrieges diente. Glaubt die Bundesregierung und glauben jene Parteien, die im Bundestag die Zustimmung zu diesem Gesetz erwägen, daß die öffentliche Meinung des gesamten Auslandes diese Erfahrung vergessen hat? Gleichwohl will man in diesem Falle ein Notdienstpflichtgesetz bereits im Frieden erlassen und übertrumpft diese Vergangenheit noch dadurch, daß man über diese rechtstechnischen Vorbereitungen der Vergangenheit hinausgehend die Berechtigung der Bundesregierung zur Verkündung des Notdienstfalles und zur Heranziehung jedes einzelnen Bewohners der Bundesrepublik zum Notdienst nicht nur im Falle des Krieges, des Verteidigungsfalles nach Art. 59 a GG oder des Eindringens einer fremden bewaffneten Macht, sondern auch im Hinblick auf einen "drohenden" Verteidigungsfall, also zur Vorbereitung eines Krieges vorsieht.

Was das im internationalen Ansehen der Bundesrepublik, was das im Hinblick auf das Sicherheitsbedürfnis der benachbarten Staaten, zu denen in diesem Falle auch die DDR gerechnet werden müßte, bedeutet, das brauche ich kaum zu betonen.

Glaubt die Bundesregierung, durch derartige Vorschläge das internationale Ansehen der Bundesrepublik zu stärken?

Dieser Entwurf eines Notstandsgesetzes ist im weiteren Inhalt nicht nach dem Vorbild des Parallel-Gesetzes für einen ähnlichen Sachverhalt aus dem Jahre 1916, des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst gestaltet, sondern eine perfektionierte Kombination aus den drei oben zitierten Verordnungen unseres "Führers" Adolf Hitler. Das wird an einer ganzen Reihe von Konstruktionen deutlich. Zunächst sei hier auf § 1 Abs. 2 hingewiesen, der als Gegenstand des Notdienstes "lebens- und verteidigungswichtige Aufgaben im Bereich der öffentlichen Verwaltung und der Streitkräfte", aber ebenso "Aufgaben im nichtöffentlichen Bereich, die.... der Herstellung und Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft dienen" bezeichnet, so daß schlechthin jeder Bereich des gesellschaftlichen Arbeitslebens erfaßt werden kann. Dazu ist es notwendig, die §§ 1 der VO vom 15. Oktober und der VO vom 13. Februar 1939 zu vergleichen. Eine konsequente Weiterentwicklung des hitlerschen Notdienstrechts wird dadurch bewirkt, daß nach dem Entwurf der Bundesregierung der Notdienstverpflichtete aufhört, zu einem privat- oder arbeitsrechtlich bestimmten Dienstverhältnis zu stehen, vielmehr in ein Dienstverhältnis eigener Art eintritt, nämlich eindeutig in ein öffentlich-rechtliches Unterwerfungsverhältnis. Ich zitiere hierzu § 41 des Entwurfes:

"Durch die Heranziehung zu Dienstleistungen in einem Hilfs-

> dienstverhältnis entsteht zwischen dem Herangezogenen und dem Notdienstberechtigten ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis besonderer Art."

Die hitlersche VO vom 15. September 1939 hatte diesen Gedanken in § 2 Abs. 2 erst vorbereitet, aber noch nicht konsequent zu formulieren gewagt. In diesen Gedankenkreis gehören die besonderen Pflichten nach § 27 des Regierungsentwurfs, in dem es heißt:

> "Der Herangezogene ist verpflichtet, die ihm von dem Notdienstberechtigten übertragenen Aufgaben nach besten Kräften zu erfüllen und hierbei, soweit zumutbar, auch Gefahren auf sich zu nehmen. Der Notdienstberechtigte ist verpflichtet, die Vorkehrungen zu treffen, die zur Durchführung des Notdienstes erforderlich sind. Er hat die Auflagen zu erfüllen, die von der Heranziehungsbehörde festgelegt sind."

Von rechtsstaatlichen Schranken derartiger Auflagen ist nicht die Rede. Der Notdienstberechtigte ist durch § 41 der Herr dines öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnisses geworden, eines Arbeitsverhältnisses also nicht nach dem Prinzip der Gleichberechtigung, sondern nach dem Unterwerfungsprinzip eines öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnisses. Der Notdienstberechtigte kann zwar der Staat oder auch eine Gemeinde sein. Aber der normale Notdienstberechtigte ist nicht die öffentliche Gewalt, sondern ich zitiere § 9 des Regierungsentwurfes:

> "Notdienstberechtigter ist derjenige, dem ein Notdienstpflichtiger von der Heranziehungsbehörde zugewiesen wird. Der Notdienstpflichtige kann nur einem Dienstherren oder Arbeitgeber zugewiesen werden, der Aufgaben nach § 1 Abs. 2 wahrnimmt."

Das Dritte Reich hatte diese Chance, Privatunternehmen zu ihnen als Notdienstverpflichtigte unterworfenen Arbeitskräften zu verhelfen, erst in § 2 Abs. 1 der VO vom 15. September 1939 entdeckt. Mit anderen Worten bestünde der normale Fall der Anwendung des Notdienstgesetzes darin, daß der Bundesbürger X, gleichgültig, ob er an seinem Arbeitsplatz bleibt oder an einen neuen Arbeitsplatz kommandiert wird, nun seinem bisherigen oder einem anderen Arbeitgeber in einem neuen Rechtsverhältnis überwiesen wird; aus seinem bisherigen Arbeitverhältnis wird er in ein öffentlich-rechtliches Arbeitsverhältnis überführt. Das bedeutet also, daß diese totale Mobilmachung der Ware Arbeitskraft, die hier inauguriert ist, zudem noch eine totale Mobilmachung nicht unter der Direktion des Staates oder der Gemeinden der ehemals freiheitlich-demokratis chen Bundesrepublik Deutschland sein wird, sondern eine Zuweisung an die Herren Arbeitgeber, also an diejenigen, die über die Produktionsmittel verfügen, eine allgemeine Feudalisierung der Arbeitsverhältnisse bei Eintritt des "drohenden Verteidigungsfalles".

Auch hierzu ist eine völkerrechtliche Bemerkung im Hinblick auf das Abkommen des Internationalen Arbeitsamtes, auf das ich vorhin verwiesen habe, notwendig. Dies Abkommen vom 1. Mai 1932, an das die Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich gebunden ist, sagt ausdrücklich, daß diese Konstruktion unzulässig ist. Es heißt in Art. 4:

> "Die zuständige Stelle darf Zwangs- oder Pflichtarbeit zum Vorteil von Einzelpersonen oder privaten Gesellschaften und Vereinigungen weder auferlegen noch zulassen."

Diese Notverordnung hat gleichzeitig, um einen Terminus von Reinhardt zu zitieren, der einen volkswirtschaftlich richtigeren Terminus, nämlich den den Profitwirtschaft, umschreibt, das Prinzip der Privatnützigkeit in der Wirtschaft nicht aufgehoben. Davon ist in keiner Stelle des Gesetzentwurfes die Rede. Das Privatunternehmen, das die Rolle des Notdienstberechtigten übernimmt, bleibt also privatnützig. Daher ist diese Konstruktion, die von § 9 des Gesetzentwurfs der Bundesregierung ausgeht, mit der völkerrechtlichen Verpflichtung, die für die Bundesrepublik Deutschland durch Art. 4 dieses Abkommens des Internationalen Arbeitsamtes vom 1. Mai 1932 entstanden ist, unvereinbar.

Von einer Mitgestaltungsbefugnis der Gewerkschaften, wie sie einst durch das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 in § 5, von Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer, wie sie 1916 in §§ 12 und 13, von Garantien des Koalitionsrechts, wie sie damals in § 14 gewährt waren, ist im Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht die Rede. Art. 9 Abs. 3 GG ist darin völlig ausgeschaltet und dessen notwendige Konsequenz, die Streikfreiheit, damit für die Notdienstpflichtigen entfallen. Denn in einem öffentlich-rechtlichen Unterwerfungsverhältnis ist es nach Auffassung der Bundesregierung unvermeidlich, daß vom Recht der Arbeitsverweigerung in keiner Form mehr die Rede sein darf. Die Strafbestimmungen der §§ 60 ff des Gesetzentwurfes verwandeln den Streik strafrechtlich in ein Vergehen und bedrohen die Notdienstpflichtigen schon wegen geringer Verstöße gegen die Diktaturgewalt der Heranziehungsbehörden und der Notdienstberechtigten mit scharfen Strafen. Diese Konstruktion, die Art. 9 Abs. 3 Art. 2 und Art. 12 GG zur Disposition dessen stellt, der das Recht hat, den Notdienstfall zu bestimmen, ist also eindeutig grundgesetzwidrig Wenn es der Regierung einfällt, das Herannahen eines Verteidigungsfalles, den "drohenden Verteidigungsfall", zu vermuten, sind alle Rechtsdispositionen und die Grundrechte eines jeden Bürgers entfallen und auf dem Umweg über § 9 des Gesetzentwurfes nicht nur der Dispositionsgewalt des Staates, sondern der Diktatur der privaten Arbeitgeber unterworfen, die zu "Notdienstberechtigten" bestimmt worden sind. Dies Ergebnis hat nicht nur mit einem demokratisch-sozialen Rechtsstaat, der die Bundesrepublik nach Art. 20 Abs. 1 GG sein soll, sondern auch mit einem obrigkeitsstaatlichen Verwaltungsstaat nichts mehr zu tun: Es ist der totalitäre Staat in voller Konsequenz, wie wir ihn vor 1945 in Deutschland erlebt haben.

Diese Lösung soll nach dem Willen der Bundesregierung bereits vor Eintritt des Notdienstfalles organisatorisch und personell vorbereitet

werden. Der potentiell Notdienstpflichtige soll deshalb für eine künftige Notdienstbetätigung ausgebildet werden. So wird also in diesem Gesetzentwurf das Schema eines Vorbereitungsdienstes in Form eines kurzfristigen Notdienstes (§ 2 Abs. 3) in der Weise konstruiert, daß nach § 5 bereits in Friedenszeiten ein Notdienstpflichtiger zum Notdienst herangezogen werden kann. Das Arbeitsbuch des Dritten Reiches wird zur organisatorischen Vorbereitung des Notdienstfalles durch die Voreinteilung zum Notdienst und eine Bereithaltungspflicht ersetzt (§§ 4 und 20 des Entwurfes), wobei der Heranziehungsbehörde jeder Wohnungswechsel innerhalb zweier Wochen gemeldet werden muß. Wie das den Herren im Bundesarbeitsministerium und im Bundesinnenministerium mit dem Wesensgehalt von Art. 11 GG vereinbar erscheint, hat man unterlassen in der Begründung des Entwurfs zu erörtern. Auch die Organisation Todt feiert in dieser Konstruktion dann fröhliche Urständ. Der Notdienstberechtigte - also auch ein privater Arbeitgeber, auch derjenige Arbeitgeber, zu dem vor der Heranziehung zum Notdienst ein normales Arbeitsverhältnis bestanden hat (§ 3 Ziff 1) -, kann gemäß § 42 des Entwurfs die Kasernierung und selbst die Uniformierung der Notdienstverpflichteten anordnen.

Leider hat sich die öffentliche Diskussion über diesen Gesetzentwurf bisher im allgemeinen darin erschöpft, Nebenfragen zu erörtern. Vor allem wurde darüber gestritten, ob es richtig sei, die Bundesanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung zur Heranziehungsbehörde zu machen. Daß es bedenklich wäre, ist zwar richtig. Aber liegt hier die entscheidende Frage? Ferner wird um den Kreis der Heranziehungsverpflichteten und seine Umgebung gerungen. Ich will durchaus nicht den Frauenverbänden das Recht streitig machen, nachzuweisen, daß die Autoren des Gesetzentwurfes hier schon deshalb zu weit gegangen sind, weil durch die Heranziehung während der Schwangerschaft die Existenz des Nachwuchses gefährdet werde. Aber das prinzipielle Problem liegt doch augenscheinlich an anderer Stelle. War noch der Notstandsgesetzentwurf im wesentlichen ein Gesetzentwurf, der der Transformation der Bundesrepublik Deutschland aus einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und sozialen Bundesstaat in einen autoritären Verwaltungsstaat mit starker Diktaturgewalt dient, aber nicht weit über den Bereich dessen hinausgeht, was wir in Deutschland in den Jahren nach dem Sturz des Kabinetts Hermann Müller erlebt haben, so steht dieser Notdienstgesetzentwurf, wenn wir an dies Entwicklungsschema denken, auf der nächsten Stufe der geschichtlichen Entwicklung. Denn was hier an Möglichkeiten eröffnet wird, hat mit den Verhältnissen in einem autoritären Verwaltungsstaat nicht mehr viel zu tun, in dem noch gewisse rechtsstaatliche Züge erhalten bleiben. Es ist kein Zufall, daß viele Bestimmungen dieses Gesetzentwurfes Verordnungen aus den Jahren 1938 und 1939 entstammen. Seinem gesamten Inhalt nach steht dieser Gesetzentwurf bereits auf dem Boden eines totalitären Staates. Wenn man über die Arbeitskraft des Bundesbürgers in dieser Weise verfügen will, so ist damit das Grundgesetz fast vollständig zu den Akten gelegt. Es ist dann nicht erst an dem Tage zur Disposition gestellt, an dem es der Bundesregierung einfallen sollte, den bevorstehenden Verteidigungsfall zu verkünden, sondern bereits an dem Tage, an dem die ersten Bundesbürger zu ihrem vorbereitenden Ausbildungsdienst eingezogen

werden. So droht der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat umzuschlagen in eine Kombination aus Görings Vierjahresplan mit seiner potentiellen Kriegswirtschaft mit dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit; denn innerhalb der Betriebe können dann die Notdienstberechtigten, nämlich die Herren Unternehmer, denen wehrwirtschaftliche Aufgaben zuerteilt worden sind, über die Ware Arbeitskraft nach ihrem Belieben mit den Mitteln öffentlich-rechtlich gewordener Befehlsgewalt disponieren, die zwar durch alle möglichen Bestimmungen des Notdienstgesetzentwurfs ich will das nicht bestreiten - sozialpolitisch relativ erträglich gestaltet ist, aber Befehlsgewalt bleibt. Diese Konstruktion ist praktisch die Reproduktion des Dritten Reiches. Es bleibt unsere Pflicht, die Öffentlichkeit von von dieser rechtssoziologischen und rechtshistorischen Analyse aus auf das Problem hinzuweisen, vor dem das deutsche Volk steht.

DIE NEUE LINKE IN ENGLAND

Gerhard Brandt

Nicht von ungefähr hat die Kapitalismus-Kritik, während ihr Verfall hierzulande fortschreitet, gerade in England neuen Auftrieb erhalten. Daß kritische Theorie nur dort sich bilden kann, wo die gesellschaftliche Entwicklung Kontinuität auch des historischen Bewußtseins verbürgt, wird auch hier von Bedeutung gewesen sein. Ausschlaggebend aber war wohl, daß die ungebrochene Tradition der englischen Arbeiterbewegung, so obsolete und skurrile Züge sie auch immer aufweist, ein Widerstandszentrum inmitten der entfesselten Tauschgesellschaft hat entstehen lassen, das auf dem Kontinent, vorab in Deutschland, fehlt. Ohne diese Tradition, die von früh an mit der älteren des englischen Radikalismus sich verbunden hat, wäre die Bedeutung, die Zeitschriften wie der "New Statesman" und die "Tribune" als Brennpunkte der öffentlichen Meinung haben, nicht denkbar. Wo anders als in England, das dazu noch durch den engen Rapport mit den afro-asiatischen Teilen des Commonwealth begünstigt ist, hätten die weltweiten Veränderungen der letzten fünfzehn Jahre einigermaßen frei von den Verfolgungsphantasien des kalten Krieges registriert werden können? Wo sonst hätte, um Kategorien der englischen Diskussion vorwegzunehmen, die Ablösung des Alten durch den Neuen Imperialismus in den Ansatz der sozialistischen Theorie aufgenommen werden können?

Dabei ist die englische Neue Linke, von der hier die Rede sein soll, zunächst einmal außerhalb der traditionellen Arbeiterbewegung, ja zum Teil als ausgesprochene Gegenströmung zu ihr aufgekommen. Ihre Kristallisationspunkte sind die Universitäten. Nun aber nicht so sehr Oxford und Cambridge, die die linke Intelligentsia der zwanziger und dreißiger Jahre, die Generation der Auden und Orwell, der Strachey und Dobb, hervorgebracht hatten, als vielmehr die neueren "Redbrick"-Universitäten, London vor allem und Leeds am Rande des alten Industriegebietes. Diese Verschiebung allein schon bezeich-

net einen Szenenwechsel. Die Neue Linke, ihre Wortführer und wohl auch die schwer zu übersehende Masse ihrer Anhänger, entstammen einer Zwischenschicht, den Lower middle classes, die mehr als in Deutschland das Bild der Universität bestimmt. Ihre Grunderlebnisse sind das Klima der Apathie, in dem ihre kleinbürgerliche Umwelt vor den Fernsehapparaten dahindämmert, unddie Drohung der Raketenbasen. Ihr Trauma ist Budapest und Suez. Norman Birnbaum, der Herausgeber der New Left Books, hat die Disposition dieser Generation anzugeben versucht, indem er schrieb, sie verfügte einstweilen über keine komplizierteren Überzeugungen "...als ein Gefühl moralischen Unbehagens und anhaltender (nuklearer) Angst".

Das ist nicht dazu angetan, politisches Engagement in den bestehenden politischen Organisationen zu begründen. Im Gegenteil. Durch die Kundgebungen der Neuen Linken zieht sich eine Strähne gereizter Abwehr gegenüber aller Berufspolitik hindurch. Die Professionals in Westminster - "Butskell" lautet eine ebenso häufige wie problematische Formel - werden dafür verantwortlich gemacht, daß nach dem letzten Krieg irgendetwas schief gegangen ist. Und ebensowenig ist den Ausfällen der Neuen die Alte Linke, die Apparatschiks in den Gewerkschaften, Sektierer in den Ortsvereinen der Labour Party, ganz zu schweigen von den Doktrinären derKommunistischen Partei, enthoben. Die Wendepunkte der jüngsten Geschichte haben, wenn nicht die Korrumpierung, so doch die Ohnmacht ihrer Führer und ihrer Beschwörungsformeln erwiesen. Die großen Kundgebungen der Neuen Linken, die Demonstartionen gegen die Atombewaffnung und gegen die Politik der Apartheid in Südafrika, lagen denn auch einigermaßen quer zur Strategie der großen politischen Gruppen im radikalen Lager oder führten doch zu nur flüchtigen Koalitionen. Erst seit die Bewegung an Resonanz gewonnen hat, abzulesen an der von Jahr zu Jahr gestiegenen Zahl der Teilnehmer an den Ostermärschen und an der um sich greifenden Tätigkeit der New Left Clubs in den Großstädten, haben die Professionals eine heimliche Liebezur Neuen Linken entdeckt. Anthony Crosland, einer der rechten Führer der Labour Party, hat dazu aufgerufen, ".. die phantasievollen idealistischen Bestrebungen (der Neuen Linken) zu nähren und zu artikulieren". Die Alte Linke hofft auf Hilfstruppen, wenn nicht gar auf eine Rekrutierungsbasis. Und selbst Arnold Kettle, das Orakel der Kommunistischen Partei, bedauert zwar die Argumente der Neuen Linken als kleinbürgerliche Abweichung, empfiehlt aber Nachsicht und Aktionseinheit. Die also Umworbenen verharren indessen im Vorhof der großen Politik - einer sozialistischen Jugendbewegung näher als einer revolutionären Partei. Darin liegt heute ihre Chance, aber auch ihr Dilemma.

Eine Ortsbestimmung der Neuen Linken ist umso schwieriger als ihre Willenskundgebungen nicht so ohne weiteres übereinstimmen mit der weitgehend unartikulierten öffentlichen Meinung auf den Ostermärschen und in den New Left Clubs. Was im Umkreis der Neuen Linken an literarischer Produktion entstanden ist, ist Ausdruck einer schwebenden Diskussion, die von einer aktiven Minderheit geführt wird. Das geht zurück auf "Declaration", einen Aufruf junger Schriftsteller, zu denen John Osborne und Iris Murdoch gehörten. Es folgte "Conviction", eine Sammlung von Arbeiten junger Nationalökonomen, Soziologen und Literaturwissenschaftler, unter ihnen Richard Hoggart und Raymond Williams, die auch durch ihre

Bücher "The Uses of Literacy" und "Culture and Society", Williams neuerdings mit "The Long Revolution", maßgeblichen Einfluß auf die Orientierung der Neuen Linken ausgeübt haben. Die eigentlichen Zentren der Diskussion aber waren zwei Zeitschriften, "The New Reasoner" und "Universities and Left Review". Beide sind um 1956 entstanden, der "Reasoner" als Stimme oppositioneller junger Kommunisten, die sich dann von ihrer Partei trennten, im Norden Englands, und "Universities and Left Review", von Anfang an ohne Bindungen an eine der etablierten politischen Gruppen, in Oxford. Schon bald nach der Gründung der Zeitschriften wurden Artikel ausgetauscht, gemeinsame Konferenzen abgehalten. Ende 1959 schließlich kam es zur Vereinigung beider Zeitschriften zur "New Review", die unter der Leitung Stuart Halls, des ehemaligen Herausgebers der U. L. R. alle zwei Monate in London erscheint. Produkt der Vereinigung der Gruppen ist ferner das erste der New Left Books, "Out of Apathy", ediert von E. P. Thompson, dem ehemaligen Herausgeber des N. R. Zusammen mit den seither erschienenen Heften der N. L. R. kann dieses Buch als eine Art Regel der Diskussion angesehen werden, die von der Neuen Linken ins Leben gerufen worden ist.

"Out of Apathy" ist ein Versuch, den Bann zu brechen, der auf der Szenerie des Englands der Nachkriegszeit lastet. Ralph Samuel beschwört in seinem Beitrag "Bastard Capitalism" noch einmal das Bild, das das Land an der Schwelle der Nachkriegsära bot. Das Schicksal des Kapitalismus schien damals besiegelt. Mit dem herrschenden Wirtschaftssystem verbanden sich in der Erinnerung Massenarbeitslosigkeit und Hungermärsche. Die Quittung der Wähler war ein unzweideutiges Mißtrauensvotum, das eine Labour Regierung ins Amt brachte. Fünfzehn Jahre darauf aber ist die Stellung des Kapitalismus in England unangefochtener denn je. Was, ist, das ist das Grundmotiv der Arbeit Samuels, die Erklärung für die Wiederauferstehung des Kapitalismus, der schon verloren gegeben worden war? Samuel glaubt die Antwort darin zu finden, daß der Kapitalismus, ähnlich wie einst der Feudalismus, schon im Niedergang begriffen, eine Art Regeneration erfahren hat: eine "Bastardisierung", durch die das weitgehend funktionsuntüchtig gewordenen Wirtschaftssystem von hemmenden Strukturmerkmalen befreit und mit neuen Merkmalen angereichert worden ist. Nicht nur wurde dadurch die Funktionsfähigkeit des Kapitalismus wiederhergestellt; neue Sphären des gesellschaftlichen Lebens sind in den Zusammenhang des Systems einbezogen worden. "Business greift mit verstärkter Kraft und mit gesteigertem Ansehen ausgestattet immer mehr in das Leben der Nation ein. Es mag in entscheidenden Beziehungen gebändigt worden sein, in anderen aber hat sich seine Macht noch erweitert. Es gestaltet den zukünftigen Charakter des Landes und färbt zunehmend die Qualität des Lebens."

Die Prozesse, die im einzelnen die Regeneration des Kapitalismus bewirkt haben, faßt Samuel unter dem Begriff der "inneren Kolonisierung" zusammen. Dieser sind allererst zum Opfer gefallen die Rentiers. Nicht nur sie, sondern auch die mittelständischen Unternehmer und das Bankwesen, welches in England bis in die Zwischenkriegszeit eine Sonderexistenz bewahrt hatte, sind in die Abhängigkeit der neuen Mächte geraten.

Dies sind die großen Aktiengesellschaften, an die mehr und mehr die Rollen der übrigen Funktionsträger des Systems gebunden sind. In den Nexus der großen Industrie sind heute einbezogen die alte Oberklasse ebenso wie die neuen akademisch gebildeten Mittelschichten. Was die Oberklasse angeht, so hat seit dem Kriege die Industrie das Empire als "vast system of outdoor relief" abgelöst. Und die akademische Ausbildung steht von Anfang an, wenn nicht überhaupt ermöglicht durch das Konzern-Stipendium, im Schatten der Industrie-Karriere, die selbst den nicht ausschließt. "Wir nehmen gern Jungens, die Griechisch gelernt haben," hat kürzlich ein Shell-Direktor gesagt, "wir haben festgestellt, daß sie mehr Öl verkaufen."

Die Beobachtungen Samuels, der am Londoner Institute of Community Studies arbeitet, auch die, die sich auf die "Zone des Zwielichts" zwischen Wirtschaft und Politik beziehen, sind nicht auf ökonomische Aspekte der "inneren Kolonisierung" beschränkt. Die eigentliche Bedeutung der Arbeit liegt vielmehr im Nachweis der Wirkung, die diese auf die Subjekte ausübt: welchen Einfluß sie auf die "Qualität unseres Lebens" gewonnen hat. Das erreicht Samuel an empirischem Material, das von der Statistik der Reklameaufwendungen über den hingeworfenen Kommentar des Industriekapitäns bis hin zum Text der Stellenangebote gespannt ist. Der Fluchtpunkt der Untersuchung ist die Erklärung des "Deference Voters", des Arbeiters, der konservativ wählt. "Die Konservativen vertreten doch Big Business, und ich glaube, deswegen sind sie auch die tüchtigere Partei. Denn das Land zu führen, das ist doch schließlich das größte Business von allen."

Im daran sich anschließenden Beitrag, "The Supply of Demand", nimmt Stuart Hall die Feststellungen Samuels auf. Der Kapitalismus hat seit dem Kriege eine Transformation, eine "managerial and corporate revolution", durchlaufen, er funktioniert wieder - gemessen an seinem eigenen Funktionsprinzip. Und was noch wichtiger ist: die Transformation des Kapitalismus ist mit einer Verbesserung der materiellen Lage der Massen verknüpft gewesen. Am Wesen des kapitalistischen Wirtschaftssystems also, an seinem Funktionsprinzip, hat sich nichts geändert. A la longue ist es auch heute noch - ob es nun in der Absicht der Kapitalisten und ihrer Funktionsgehilfen liegt oder nicht - die Maximierung des Profits, die die Arbeitsweise des Wirtschaftssystems und seiner Einheiten determiniert. Das aber hat Folgen, die die Reproduktion des Lebens der Gesamtgesellschaft kaum weniger fatal beeinträchtigen als einst die Krisen. Dem Funktionsprinzip des Systems gehorcht auch die Rangordnung der Bedürfnisse, gehorchen die "Prioritäten" der bestehenden Gesellschaft. Investitionen werden in ausreichendem Maße nur dort vorgenommen, wo sie sich auch zu rentieren versprechen. Diesem Regulativ verdankt sich die Prosperität. Ihm aber ist ebenso geschuldet, daß die öffentlichen Leistungen, im Verkehrswesen, im Gesundheitswesen, in der Erziehung, zurückfallen oder gar abgebaut werden.

Hall zeigt am Beispiel Englands, wie, nachdem die Flitterwochen der "Mixed Economy" zu Ende waren, die Demontage öffentlichen Eigentums und öffentlicher Leistungen einsetzte. Heute herrschen verschiedene Maßstäbe im privaten und im öffentlichen Sektor, ein "Double Standard" regiert, wie schon Peter Shore und Peter Townsend in "Conviction" gezeigt hatten, das Land. Hall zeigt noch mehr. Nicht allein, daß über die Köpfe der Menschen hinweg Diskrepanzen zwischen öffentlichem und privatem

Sektor sich durchsetzen. Unser eigenes Urteil über das Verhältnis von öffentlichen und privaten Interessen ist korrumpiert. Wir spielen uns als Konsumenten und als Steuerzahler auf und stimmen ein in den einstudierten Chor der Klagen über zuviel Staatlichkeit. "Die Konsumgüterindustrie hat uns in nennenswerter Weise kein Mehr an Gütern verschafft. Stattdessen hat sie uns eine Definition des richtigen Lebens aufgenötigt." Darüber ist in Vergessenheit geraten nicht nur die Verkehrung in der Hierarchie der Prioritäten, sondern auch, was diese Gesellschaft dem Einzelnen schuldig bleibt. Das richtige Leben erschöpft sich in einem durch die Illustrierten Zeitungen und das Kino präfabrizierten "innerweltlichen Traum". Das auszusprechen aber, was heute in Wahrheit möglich ist, "nicht Gleichheit der Chancen sondern eine Gesellschaft der Gleichen " (Thompson), unterliegt einem Tabu. Die Prosperität bleibt ein Mythos.

Galbraith und seine Jünger - auch im Lager der Sozialdemokratie - halten die Rangordnung der Bedürfnisse im Rahmen der herrschenden Ordnung für korrigierbar, eine Aufgabe, die sie gesellschaftlichen Gegenkräften, "countervailing powers", zumuten, nicht zuletzt den Organisationen der Arbeiterschaft. Dieser überaus wichtigen Frage widmet Hall einen, leider sehr summarisch ausgefallenen, Abschnitt, - "The Limits of Reform". Die Prioritäten der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung sind, so argumentiert man, nicht einfach Nebenfolgen des kontingenten Wirtschaftssystems, die ohne weiteres ausgewechselt werden könnten. Von ihnen hängt vielmehr umgekehrt das störungsfreie Funktionieren dieses Systems ab. "Wenn wir die Reichen mehr besteuerten, so beeinträchtigten wir den Kreislauf der Energie - Akkumulation, Profite, Investionen -, der die Räder des Kapitalismus in Bewegung hält. Doch wenn wir sie weniger besteuerten, würden wir den Wohlfahrtsstaat selbst abbauen." Das Modell der "countervailing powers" funktioniert nur, soweit die Spielregeln des Kapitalismus eingehalten werden Diesen muß im Rahmen der herrschenden Ordnung auch die Arbeiterbewegung sich fügen. "Die Arbeiterschaft kann in der Wirtschaft nur eine Verteidigungsrolle übernehmen - und tut das auch in zunehmendem Maße. Sie ist bloß eine weitere Interessengruppe: sie vermag nicht die Führung zu übernehmen und neue Prioritäten für die Gesellschaft festzusetzen."

Wo aber bleibt, wenn das alles sich so verhält, noch ein Potential, das, würde es mobilisiert, den Verblendungszusammenhang der bestehenden Verhältnisse zu durchbrechen vermöchte? Kenneth Alexander ist es, der diese Frage, gewissermaßen als Vorlage der ratlosen Kulturkritik an die Politische Ökonomie, im Beitrag "Power at the Base" behandelt. Er durchmustert die herrschenden Machtverhältnisse anhand eines Modells wirtschaftlicher Macht, das aus dem Baukasten der zeitgenössischen Theorie stammt. Danach wären als mögliche Machtquellen zu unterscheiden das Kapitaleigentum, der Sachverstand des wirtschaftlichen und technischen Managements, der Einfluß des Staates und die Arbeitskraft. Das Management den Schlüsselgruppen der Kapitaleigentümern gegenüber eine wirkliche Machtstellung innehat, bestreitet Alexander. Keiner der Autoren, die bis jetzt über die "Revolution der Manager" geschrieben haben, hat überzeugend nachweisen können, daß die behaupteten wirtschaftlichen Ziele des Managements - "Sicherheit, Expansion, Ansehen" -

zu Lasten langfristiger Profitmaximierung gehen. Interessenkonflikte, die sich in der Frage der Verwendung des erwirtschafteten Gewinns aufzutun vermöchten, werden weitgehend ausgeschaltet durch die Ablösung des atomistischen Wettbewerbs durch die monopolistische Konkurrenz. "Nicht eine Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt ist es also, die Abweichungen vom schmalen Pfad der kurzfristigen Profitmaximierung erlaubt sondern das Wachstum des Monopolprofits." Träten gänzlich Reibungen auf, so würden diese neutralisiert durch Rekrutierungsweise und Konkurrenz, die im Management selbst die Entwicklung eines wirklichen Gruppeninteresses ausschließen. "Organisation men are anti-organisation."

Nicht ganz so eindeutig fällt Alexanders Befund über die Rolle des Staates in der Struktur wirtschaftlicher Macht aus Außer Zweifel steht zwar, daß die staatliche Wirtschaftspolitik gegenwärtig in erster Linie die Funktionsfähigkeit des herrschenden Wirtschaftssystems zu gewährleisten hat. Versäumte die staatliche Wirtschaftspolitik diese Aufgabe, wären Widerstände aufseiten der Kapitaleigentümer und des Managements die Folge, letzten Endes ein "showdown", eine Entscheidungsschlacht. Dennoch ist der Staat mehr als ein bloßer "Exekutivausschuß der herrschenden Klasse". Er ist vielmehr, in einer gegebenen historischen Situation, die Resultante des je herrschenden Kräfteverhältnisses. Machtverschiebungen haben in der Vergangenheit ihren Niederschlag in der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik gefunden. Beispiele sind die Einrichtungen des Wohlfahrtsstaates, die gegen den Widerstand der kapitalistischen Wirtschaft durchgesetzt worden sind. Machtverschiebungen werden auch in Zukunft Einfluß auf die Rolle des Staates auszuüben vermögen. Eine Täuschung wäre es nur, zu glauben, ein solcher Rollenwechsel könnte, sofern er wesentliche Strukturmerkmale und das Funktionsprinzip des herrschenden Wirtschaftssystems - etwa durch die Errichtung einer Planungsbehörde - berührt, ohne tiefgreifende politische Konflikte, in Gestalt eines gleitenden Überganges, vonstatten gehen.

Bliebe als einziges wirkliches Gegenzentrum wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Macht im Kapitalismus die organisierte Arbeiterschaft. Über die gegenwärtig vorherrschende Disposition der Arbeiterschaft allerdings gibt sich auch Alexander keinen Täuschungen hin. Der Kampf um die Verbesserung der unmittelbaren Lebensbedingungen, um höhere Löhne, um niedrigere Arbeitszeit, hat seine einstige Anziehungskraft verloren. Er allein vermöchte die Arbeiterbewegung als politische Kraft nicht am Leben zu erhalten. Alexander vertraut aber darauf, daß die Erfolge von gestern zugleich die Voraussetzungen für die Zielsetzungen von morgen geschaffen haben. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen hat - zusammen, wäre hinzuzufügen, mit Veränderungen der Arbeitsorganisation und der Autoritätsverhältnisse im Industriebetrieb - dem Industriearbeiter zu größerer Unabhängigkeit verholfen. Diese Unabhängigkeit, die ein Potential des Protestes darstellt, ist die Grundfolge für eine Aktivierung der Arbeiterschaft. "Worauf es heute ankommt, ist, erst einmal die veränderte Stellung des Arbeiters in der Industrie zu konsolidieren und zu institutionalisieren und dann auf diesem beschränkten Bodengewinn weiterzubauen." Als Leitmotiv sozialistischer Arbeiterpolitik heute, die zunächst Aufklärung und Erziehung voraussetzt, nennt Alexander die Erweiterung der Kontrolle über die Arbeitsbedingungen durch die Arbeiter. Das hieße, an unmittelbare Interessen am Arbeitsplatz anzuknüpfen, bei Einstellungen

und Entlassungen, bei der Besetzung von neuen Anlagen, was jedoch nach sich zöge, daß neue Variable, mittelbare Bedingungen der Arbeitssituation in den Gesichtskreis der Arbeiter einbezogen werden, die im Zusammenhang stehen mit dem konstitutiven Merkmal des Kapitalismus, der Verfügungsgewalt des Kapitaleigentums über die Produktionsmittel. Aus der Erweiterung des Orientierungshorizontes der Arbeiter vermöchten sich neue Interessen zu ergeben, die ihrerseits die Voraussetzung neuer Forderungen und fortschreitender Veränderungen darstellen.

Die Neue Linke hat für dieses Programm die Formel "Reformistische Taktik im Rahmen einer revolutionären Strategie" geprägt. Damit ist zugleich gesagt, daß die Gewerkschaften, deren Tätigkeit sich bisher weitgehend in Reformen auf der Grundlage administrativer Interessenvertretung erschöpfte, umfunktioniert werden müßten. Struktur und Funktionsweise des Kapitalismus erfordern heute eine Umverteilung der Rollen auch im Kampfe der sozialistischen Arbeiterbewegung. Das Hauptoperationsgebiet der Gewerkschaftsführung und der politischen Arbeiterbewegung liegt an der Spitze des Herrschaftssystems, in den Machtzentren der Industrie, in der Regierung, in den herrschenden politischen Gruppen, wo die Entscheidungen über die Einkommensverteilung getroffen werden. Vorschläge hierzu hat Alexander schon früher zusammen mit John Hughes in der Arbeit "A Socialist Wages Plan" vorgelegt. Einige wichtige Interessen stehen aber auf dem Spiel, wenn es darum geht, im Industriebetrieb die herrschende Machtverteilung abzuändern. Hier hätten die Gewerkschaften eine zweite Front aufzubauen.

Samuels, Halls und Alexanders Arbeiten sind die Pièces de résistance des Buches. Durch sie ziehen sich die Grundmotive sozialistischer Theorie, auf die es heute ankommt, die Transformation des Kapitalismus, die Entmächtigung der Subjekte, die Möglichkeiten der Arbeiterbewegung, hindurch. Zusammen mit Peter Worsleys wichtiger Arbeit über die Metamorphose des Imperialismus, "Imperial Retreat", machen sie zugleich den kritischen Teil des Buches aus. Thematisch ist ein und dasselbe Problem: Was ist das für eine Gesellschaft, in der wir leben, und was tut sie den Menschen an? Schon in diesen Stücken aber finden sich Passagen, die über das Bestehende hinausweisen. Nicht allein, daß wie bei Alexander die Bedingungen der Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderungen, eine Theorie der Praxis, angedeutet wäre - was sich durchaus mit dem Geschäft der Kritik verträgt. Die Kritik des Bestehenden ist vielmehr bei den Autoren versetzt mit Antizipationen, die in Elementen der bestehenden Verhältnisse wurzeln. Wenn Samuel davon spricht, daß in England heute in Wirklichkeit zwei Nationen einander gegenüber stehen, bei der Arbeit, in der Schule, im Alter, so mag das noch hingehen als Bild für die Konflikte, die das Land durchherrschen, Hall aber schon legt mehr in diese Spaltung hinein. "Die Lebensgemeinschaft der Arbeiterklasse", so schreibt er, "war nicht allein durch materielles Elend geprägt" sondern zugleich "voller Wärme", freundlich und vertraut, (erfüllt) mit konkreten Beziehungen zwischen den Menschen untereinander und mit ihrer Nachbarschaft". Dringlich ist für ihn die Frage, "... ob die Werte und Tugenden der alten Gemeinschaftsordnung in die neue physische Umgebung hineingetragen werden können". Und auch Alexander der eher als Hall und Samuel gegen solche

Anwandlungen von Heimweh gefeit ist, setzt gegen Ende seiner Arbeit die "neuen Forderungen" der Arbeiterschaft "humanistischen Werten" gleich, die den "anti-humanistischen" des Kapitalismus gegenüber zum "Durchbruch" gelangen müßten. Sein Aufsatz schließt bezeichnenderweise mit einem Zitat aus D.H. Lawrences "State of Funk".

Das Motiv der Antizipation aus dem Bestehenden, das bei Samuel, Hall und Alexander nur anklingt, tritt deutlicher hervor in Alaisdair MacInyres Arbeit "Breaking the Chains of Reason", einer Kritik der akademischen Philosophie und Sozialwissenschaft. Es wird dominant in E.P. Thompsons Aufsatz "Revolution", der das Buch beschließt. Thompson nimmt, wie übrigens viele seiner Freunde in der Neuen Linken, Motive von William Morris auf, als dessen Biograph er schon früher hervorgetreten ist. Mit William Morris meint er, daß es darauf ankäme, "nicht allein auf die explosiven Negationen des Klassengegensatzes zu bauen", sondern auf "positive Forderungen ... auf die Behauptung der Werte des Gemeinwohls". Diese aber seien, entgegen der orthodoxen marxistischen Theorie, in der bestehenden Gesellschaft, in der Arbeiterschaft, wenn auch unterdrückt, schon lebendig. Revolution, das hieße, diesen Werten zum "Durchbruch" zu verhelfen. "Auf diesen positiven (Werten) und nicht auf den Werten einer zerschmetterten Gesellschaft muß das sozialistische Gemeinwesen errichtet werden." Nicht allein ist damit verknüpft eine Verklärung des Arbeiters, wie er in den alten Industriezentren sich erhalten haben mag, eine"rückwärts gewandte Utopie", die schon Ernst Bloch Morris zum Vorwurf gemacht hat. Theorie und Praxis drohen bei Thompson, wenn nicht in der Neuen Linken überhaupt, die Beziehung auf die materiellen Lebensbedingungen und auf die Interessen der Menschen einzubüßen. Konflikte gesellschaftlicher Gruppen verflüchtigen sich, wie auch bei den Reformisten, zu Konflikten zwischen Werten und Wertvorstellungen, zwischen "ways of life", zwischen dem "Humanismus" der Arbeiterschaft und dem "Anti-Humanismus" der Kapitalisten. Wie anders könnte Thompson als Voraussetzung politischer Praxis ein "neues Gefühl der Unmittelbarkeit" - und "direkte Aktionen" fordern, wie anders darauf vertrauen, daß eine sozialistische Revolution noch nie näher gewesen sei als heute? Eigentlich, so meint er, käme es nur darauf an, das prekäre Gleichgewicht der Kräfte in der bestehenden Gesellschaft abzuwandeln" ... durch einen Druck der Volksmassen, der von so großer Intensität zu sein hätte, daß ein Punkt erreicht wird, wo die Mächte der Demokratie aufhören, bloße Gegenkräfte zu sein und zur aktiven Dynamik einer Gesellschaft eigenen Rechts werden".

Daß die Kraft des Widerstandes in der englischen Arbeiterschaft als dauerhafter sich erwiesen haben als in anderen kapitalistischen Ländern, ist unzweifelhaft. Die Erhaltung der politischen Demokratie in England ist dafür Zeugnis genug. Bemerkenswerte Aufschlüsse über das Potential einer ausgesprochenen "working class culture" in England, auf das die Autoren bauen, haben die Arbeiten von Richard Hoggart und Raymond Williams verschafft. Gleichwohl ist es eher die ältere dialektische Einsicht, "..., daß in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft zu ihrer unmenschlichsten Spitze zusammengefaßt sind", die der Gewalt Rechnung trägt, die die voll entfaltete Tauschgesellschaft über die

Menschen gewonnen hat. Darauf allein, daß die Abstraktion von aller Menschlichkeit in der Subsumtion der Arbeitskraft unter das Tauschverhältnis ihre äußerste Zuspitzung erfahren hat, begründet sich die Hoffnung, daß der Verblendungszusammenhang der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in das Bewußtsein der Arbeiterschaft gehoben und von ihr begutachtet werden kann.

Die englische Neue Linke befindet sich auf halbem Wege. Bereits heute wird sie als politische Kraft anerkannt und respektiert. Der "Observer", die große linksliberale Sonntagszeitung, hat in einem Leitartikel zum diesjährigen Ostermarsch die "Campaign for Nuclear Disarmament", die wesentlich von der Neuen Linken getragen wird, die "eindrucksvollste politische Bewegung seit dem Kriege" genannt. Die Erfolge, die die linke Opposition auf dem letzten Parteitag der Labour Party in Scarborough erzielt hat, gehen nicht zuletzt auf den Einfluß der Gruppe um die New Left Review zurück. Dennoch ist die Zukunft der neuen Bewegung ungewiß. Selbstherrlichkeit auf beiden Seiten, die auch in "Out of Apathy" ihre Spuren zurückgelassen hat, hat es bisher verhindert, daß eine Brücke zwischen der Neuen Linken und der Arbeiterbewegung, den Gewerkschaften vor allem, geschlagen worden wäre. Davon aber hängt alles ab, will die Neue Linke mehr sein als eine Gruppe von "Fabian Revolutionaries", wie im "New Statesman" mit leisem Spott bemerkt worden ist. Ob darauf zu hoffen ist, daß die Reflexionen der Neuen Linken zur materiellen Gewalt werden, wird sich schon auf dem großen Kongress der englischen Arbeiterbewegung in diesem Jahr zeigen. Wir in Deutschland haben unterdessen allen Grund, am englischen Beispiel zu lernen.

Z E R F Ä L L T D I E V U S ?

Dies heißt - wenn man ein Hegelwort einmal abwandelt - abstrakt gedacht: in einem "Mitglied" nichts als dies Abstrakte, daß es ein "Mitglied" ist, zu sehen und durch diese einfache Qualität alles menschliche Wesen in ihm zu vertilgen. Bei allen politisch notwendigen und richtigen Abgrenzungen dürfen wir deshalb nicht der Gefahr verfallen, uns durch Abstraktionen den Zugang zu veränderten politischen Positionen zu versperren.

Das gilt auch für eine Auseinandersetzung, die sich in den vergangenen Monaten in der "Vereinigung unabhängiger Sozialisten" (VUS) vollzog. Einmal spiegelt diese Auseinandersetzung Fronten wider, die in den vergangenen Jahren auch im SDS bestanden; zum anderen scheint es - wenn man von den auch heute noch bestehenden Unterschieden zwischen uns und Gerhard Bessau einmal absieht - bemerkenswert, daß Bessau (der dafür von der "Sozialistischen-Jugend-Korrespondenz" nach bekannter Praxis als "Sektierer" und "Kleinbürger" bezeichnet wird) seine damalige Position weitgehend aufgegeben hat.

Schon unmittelbar nach der Gründung der "Deutschen Friedensunion" hatte Viktor Agartz in einem Aufsatz in der WiSo (Jg. 1960,Heft 24, S. 1112 ff) die Frage gestellt, welche Partei den "Zersetzungsprozeß der SPD" auffangen könnte und die Antwort gegeben: "Daß diese Aufgabe nicht gelöst werden kann von Gruppen, Verbänden oder Vereinigungen, deren hohe sittliche Haltung zwar jede Unterstützung verdient, braucht für den Sozialisten eigentlich nicht betont zu werden. Die Befreiung der Arbeiter kann nun einmal nur das Werk der Arbeiter selbst sein." (S. 1117).

Nach dieser ersten Abgrenzung von der"Deutschen Friedensunion" brachte Anfang März 1961 die WiSo eine Kritik des Programms der DFU von Arthur Seehof und eine Analyse von Gerhard Bessau "Situation und Chancen der DFU" (Jg. 1961, Heft 5, S. 217 ff und 225 ff). Besonders der Betrag von Bessau verdient, trotz des grauenvollen Stils, unsere Aufmerksamkeit. Agartz selbst hat diesen Artikel als mehr als eine "private Meinung" bezeichnet und geäußert, daß dieser Beitrag "im Kreise marxistischer Akademiker" durchgesprochen sei. Gerhard Bessau, der in seine Analyse Teile der Stellungnahme des Bundesvorstandes des SDS (neue kritik-informationen 3) mitaufgenommen hat, kritisiert, daß die Politik der DFU dem politischen Bewußtsein der potentiellen Wählerschichten nicht entspreche. Mit der Forderung, "das Grundgesetz zu erhalten", ... die Verfassungsrealität 'rückgängig' zu machen", und "mit moralischen Apellen" könne "man keine gesellschaftliche Bewegung in Gang setzen". Obwohl die Führung der DFU betone, "keine Kommunisten zu sein" und die "kommunistischen Staaten als totalitäre Systeme" bezeichne, ließe sich das Unions-Programm "von kummunistischen Manifesten kaum unterscheiden" und entspräche dem "Inhalt der sowjetischen Außenpolitik". Diese aber ließe sich nur "auf der Basis einer materialistischen Geschichtsauffassung begründen". Es sei schließlich nicht zu leugnen, "daß Adenauer vom Standort seiner Klasse aus die 'einzig richtige' Außenpolitik" verfechte. Auch den abstrakten Willen zum Frieden könne man Adenauer nicht absprechen. Es gehe daher um ein ungleich schwierigeres Problem: "Wie ist Frieden in einer revolutionären, krisenhaften Welt überhaupt möglich, und unter welchen Bedingungen kann er gesichert werden?" Bessau gibt sodann unter dem Einfluß von Agartz auch die Position preis, die er in der SDS-Auseinandersetzung gegen den Bundesvorstand immer wieder vertreten hat; er ist heute der Auffassung, daß sich die westliche Außenpolitik "nur soziologisch verständlich machen" ließe. "Die kapitalistische Gesellschaftsauffassung müßte als gesellschaftspolitisch defensives System aufgewiesen und die Aggressivität ihrer Außenpolitik aus der Existenzangst ihrer herrschenden Schichten erklärbar gemacht werden." Bessau meint, daß es notwendig sei, "die SPD in eine öffentliche Auseinandersetzung zu verwickeln", um den Eindruck zu vermitteln, "daß die Kandidaten der DFU gewillt sind, die oppositionelle Politik der SPD vor ihrer Schwenkung in Godesberg und Hannover weiterzuführen". Notwendig sei eine Analyse "der Entwicklungstendenzen der heutigen kapitalistischen und kommunistischen Gesellschaft, der gewandelten Mentalität der Menschen in Ost und West, die Wesensbestimmung des Ost-Westkonfliktes".

Die eigentliche Schlußfolgerungen zieht jedoch erst Arthur Seehof: "Wie immer die diesjährigen Bundestagswahlen ausgehen mögen, das Sichgestalten einer im

Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus wirkenden Arbeiterpartei ist und bleibt hierzulande eine Notwendigkeit, ein Gebot der Geschichte und ihrer Entwicklung, in der wir uns befinden."

Diese Beiträge in der WiSo 5/1961 haben in der "Deutschen Friedensunion" Widerspruch hervorgerufen. In einer in der WiSo 7/1961 (S. 320 ff) veröffentlichten Antwort schreibt das Direktoriums-Mitglied der DFU Lorenz Knorr, daß er eine derartige Durchleuchtung der DFU "in der Auswirkung für gefährlich" halte. Denn beide Beiträge argumentierten so, "als ob sich seit 1933 nichts geändert hätte und als ob es keine revolutionären Veränderungen und keine neuen marxistischen Denkansätze gäbe". Insofern wirkten sie "sektiererisch und ablenkend von den tatsächlichen Problemen unserer Zeit". Heute müsse man berücksichtigen, daß der sogenannte "Weg nach Vorn" aller Wahrscheinlichkeit nach in "atomares Inferno" führe, nach dem es für immer zu spät sei. Knorr fordert, "man sollte endlich einmal zur Kenntnis nehmen, daß nicht nur soziale Revolutionen, sondern auch technische und in ihrem Gefolge die militärstrategische Revolution zu einer Umwertung aller Werte" führe. Er versucht sich auf Lukacs zu berufen: Der "Grundwiderspruch dieser Welt von Kommunismus und Kapitalismus ... spalte (nicht nur) das westliche Lager in zwei Gruppen: in die Entspannungspolitiker, die der neuen Situation mit neuen Methoden antworten wollten, und in die Kalten Krieger, die mit den herkömmlichen Methoden auf die neue Lage zu reagieren gedachten." Knorr macht Bessau und Seehof den Vorwurf, sie verwechselten den "ersten Schritt mit den zweiten". Es sei keine Zeit für "ideologischen Kommastreit". Unsere Zeit verlange "konsequentes Engagement und sofortiges Handeln".

Neben Lorenz Knorr hat sich auch das Mitglied des Vorstandes der VUS Albert Berg an die WiSo gewandt. In einem in der WiSo nicht veröffentlichten Beitrag (der nur vervielfältigt wurde) versucht Berg nachzuweisen, daß Heiz-Otto Dracker die Sicherung des Friedens ebenfalls als die vordringlichste Aufgabe bezeichnet und das Agartz selbst von den besonders empfindlichen Membranen der Intellektuellen gesprochen habe. Der Agartz-Kreis hatte sich also von seiner früheren Position entfernt. Gerhard Bessau wird ferner eine kritische Position zum Kommunismus vorgeworfen. Die WiSo habe sich damit in die Antikommunistische Front eingereiht.

Viktor Agartz hat in einem Brief Albert Berg persönlich-affektiv geantwortet. Aus Achtung vor dem Wissenschaftler Agartz soll der Inhalt dieses Briefes vom 12.4.1961 hier nicht wiedergegeben werden. Zwischen den beiden Vorstandsmigliedern der VUS Agartz und Berg ist nach diesem Briefwechsel - wie Agartz ausdrücklich betonte - "eine gemeinsame Arbeit nicht mehr möglich". Der Akademieverlag in Ost-Berlin soll daraufhin eine Sammelbestellung von mehreren Tausend Abonnements gekündigt haben.

Sieht man von den ins Persönliche gehenden Vorgängen und der Trennung zwischen dem Agartz-Flügel und dem Vorstand der VUS, der die DFU unterstützt, ab, so bleibt die sachliche Kritik der DFU in der WiSo. Agartz weist darauf hin, daß sein Name "unter dem Gründungsaufruf der DFU vermerkt war, obwohl er eine solche

Unterschrift nicht gegeben hat" (WiSo, Jg. 1961, Heft 7, S. 319). Bemerkenswert klar sind seine Fragen, die er sodann an die DFU richtet:

"a Wie erklärt der Marxist die Entstehung einer Partei, die demurgenhaft, gleich einem deus ex machina plötzlich erscheint und das Parteileben sozusagen von oben her bereichert?

b Wie steht diese Partei ohne innerpolitische Programmatik zur Lohnpolitik, zu Arbeitskämpfen und Streiks? Welchen Einfluß kann die Partei auf die Politik der Gewerkschaften nehmen, eine Politik, an der wir Arbeiter trotz aller Aufrüstung primär interessiert sind?

c Ist die Behauptung, zuerst die atomare Bewaffnung zu beseitigen, bevor gesellschaftliche Strukturprobleme behandelt werden können, nicht nur scheinbar logisch? Logisch wäre diese Behauptung nur, wenn die Partei sofort die absolute Mehrheit erhielte. Ist dies aber nicht der Fall, was soll in den folgenden vier Jahren außer Antirüstungspropaganda getan werden?

d Wenn eine starke Partei ausreichen soll, die Abrüstung zu erzwingen, warum wird in Frankreich nicht abgerüstet, wo die Kommunistische Partei über 30 Prozent der Stimmen besitzt, oder in Italien, wo Kommunisten und Nenni-Sozialisten über 42 Prozent der Stimmen verfügen?

e Ist die Aufrüstung in Westdeutschland, trotz eigener militärischer Interessen, nicht zuletzt eine Angelegenheit der NATO und damit der USA? Hat nicht die neue USA-Regierung eine verstärkte Aufrüstung, wenn auch in anderer Strukturierung, gefordert, um die Wirtschaftskrise zu beheben?"

(WiSo, Jg. 1961, Heft 7, S. 319)

Unklar ist, wie Gerhard Bessau angesichts derartiger Fragen noch meinen kann, eine veränderte DFU könne die "oppositionelle Politik der SPD vor ihrer Schwenkung in Godesberg und in Hannover" weiterführen? Wäre das nicht auch nur ein Versuch, "rückgängig zu machen" oder "aufzuhalten"? Ist der fortschreitende Restaurationsprozeß in der Bundesrepublik überhaupt aufzuhalten, wenn man gebannt auf die Vergangenheit und auf ohnmächtige Interessenvertretungen im parlamentarisch-politischen Raum starrt?

Jürgen Seifert

V O L U N T A R I S M U S ?

Ein Genosse schickte mir zu meinen "Anmerkungen zu Theo Pirkers Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland" (neue kritik - informationen 3) einen Kommentar. Er geht dabei von dem Satz meiner Kritik aus, daß Pirker

"die konkreten gesellschaftlichen und geschichtlichen Bedingungen einer Veränderung ausklammert und die Kraft eines primär durch Willen und Zielvorstellungen bestimmten Handelns überschätzt". In diesem Kommentar heißt es dann unter anderem:

> "Die deutsche Arbeiterbewegung hat, in allen ihren Richtungen, soviel Niederlagen, Fehler und so viel Versagen hinter sich, wobei jeweils von jedem die "objektiven gesellschaftlichen Bedingungen" als Alibi herbeizitiert wurden und werden, daß es wirklich an der Zeit wäre, auf diese Formel zu verzichten. Wo sich in den letzten 50 Jahren große politische Entwicklungen ergeben haben, sind sie mit den "gesellschaftlichen Bedingungen" zumeist auf recht unmarxistische Weise umgesprungen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die gesellschaftliche Umwälzung in China spottete in ihrem Ablauf aller (man entschuldige das Paradoxon) marxscholastischen "Bedingtheiten". Aber sie hat bei allen schlimmen Zügen, die sie neben anderen aufweist und die historisch zustande kamen und also historisch veränderbar sind, immerhin Millionen von Menschen am Leben erhalten, die beim sozusagen vorgesehenen Lauf der Geschichte verhungert wären. Und was den "Voluntarismus" angeht: Politische Bewegungen, wie wir sie jüngst in Japan und in England und an anderen Stellen erlebten und weiterhin erleben werden, die nicht ohne Effekt blieben - oder politische Aktionen, wie sie in Frankreich gegen die Algerienpolitik zustande kamen (entgegen dem "objektiven Bedingungen" sich anpassenden Kurs der französischen KP) sind Erscheinungsweisen, die Du als voluntaristisch abtust.
>
> Insbesondere in unserem Land, in dem Handeln zumeist Privileg der Gegner der Demokratie war, sollte man schon aus politisch-pädagogischen Gründen die Macht der gesellschaftlichen Bedingungen nicht aufwerten. Warum - bei gleichen ökonomischen Grundstrukturen - z. B. in England der Faschismus, der in Deutschland möglich war und ist, keinen Platz hat, läßt sich nicht allein mit dem Hinweis auf verschiedene historische Herkünfte erklären, zumindest nicht als Zwangsläufigkeit; es gab Augenblicke in der deutschen Geschichte, wo die passive Führung der Arbeiterbewegung in den vermeintlichen Automatismus gesellschaftlicher Entwicklungen und sein Heil oder Unheil wirkliche Möglichkeiten verpasste."

Wer Worte, Satzteile oder politische Verhaltensweisen isoliert und herausreißt aus dem Gesamtzusammenhang und den Bedingungen, in denen sie stehen, verkehrt ihren Sinn. So verselbständigt gewinnen sie Eigenleben und Eigenwert. Kurz: sie "verdinglichen". In dieser Weise ist die Kritik meiner Kritik - wie mir scheint - ein Opfer der Methode des Aufspießens geworden. Sie verkennt, daß ich die "objektiven gesellschaftlichen Bedingungen" nur erwähne im Zusammenhang mit einer solidarischen antikapitalistischen Praxis und dem Ziel einer Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die eigentliche These meines Aufsatzes, daß die Resignation Pirkers gerade auf seinem "Voluntarismus" basiert, wird so ausgeklammert und "entschärft".

Die Kritik generalisiert damit das; was ich zu Pirkers Einschätzung der politischen Situation in der Bundesrepublik sage, und unterstellt, daß ich die genannten Beispiele Japan und England als "voluntaristisch" abtun mußte. Es scheint mir allerdings notwendig, sich dagegen zu wenden, daß man Maßnahmen, die in anderen Ländern zu einem Erfolg führten, abstrakt und ohne Berücksichtigung der "gesellschaftlichen Bedingungen" auf die Bundesrepublik überträgt. Wir haben nicht "japanisch" mit der Bundesregierung zu reden, sondern "deutsch", d.h. unserer Situation und unseren Bedingungen entsprechend.

Die Verteidigung des "Voluntarismus" hätte eine gewisse Berechtigung, wenn bei uns die Kräfte stark wären, die glauben, die Umgestaltung der Gesellschaft einer "zwingend notwendigen gesellschaftlichen Entwicklung" überlassen zu können. Heute besteht jedoch viel eher die Gefahr, daß man meint, Misere, Skepsis und Resignation durch einen Aktivismus überwinden zu können, dem der bloße Appell, das abstrakte Beispiel oder der unreflektierte Affekt als Richtschnur dient, nicht aber die Analyse der Bedingungen. Wenn die These meiner Kritik an Pirker richtig ist, daß dessen Resignation auf einer "voluntaristischen" Überforderung der Situation beruht, dann kann man auch die abstrakte Verteidigung des "Voluntarismus" nur als Vorphase der Resignation Pirkers beurteilen, Dann aber vermag gerade der jugendbewegte bloße Schrei nach "Aktionen" die Resignation nicht zu überwinden, sondern erst eine Praxis, die auf der Analyse der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen aufbaut und hinführt zu jener zielstrebigen Politik, die ich am Schluß meiner Besprechung zu skizzieren versuchte und die auch in den "Thesen zum SDS" (in diesem Heft) zum Ausdruck kommt.

Jürgen Seifert

ZUM VERHÄLTNIS VON PARTEI UND GEWERKSCHAFT

Der folgende Beitrag ist ein Auszug eines Artikels von Otto Brenner, der unter der Überschrift "Bilanz unserer Bezirkskonferenzen" in "Der Gewerkschafter", Nummer 5, Mai 1961, erschienen ist.
(d. Red.)

Nur ein unerschrockenes und kompromißloses Eintreten für die Demokratie, gegen autoritäre und totalitäre Tendenzen und für den sozialen Fortschritt wird der Aufgabenstellung unserer Organisation gerecht. Das gilt in besonderem Maße angesichts der Verschärfung des politischen Kampfes, die im Wahljahr eingetreten ist und die noch weitergehen wird.

Allerdings sollten die gegen die Gewerkschaften und besonders gegen die IG Metall gerichteten Angriffe, mit denen man vielleicht die politische Opposition treffen will, nicht zu Verwirrung in den eigenen Reihen führen. Gewerkschaften und Parteien sind zweierlei. Und so wünschenswert es auch ist, daß sich die Gewerkschafter in den demokratischen Parteien betätigen, um dort gewerkschaftliche Ziele und Auffassungen zu vertreten, so muß doch die gewerkschaftliche und politische Zielsetzung auseinandergehalten werden. Gewerkschaften und Parteien haben verschiedene Aufgaben. Während die Parteien unmittelbar um die politische Macht im Staate ringen, vertreten die Gewerkschaften die sozialen Interessen der Arbeitnehmer innerhalb der bestehenden politischen Ordnung, natürlich mit dem Ziel, gleichzeitig durch ihre Aktivität die Festigung und den Ausbau dieser demokratischen Ordnung zu fördern. Gewerkschaften und Parteien werden deshalb ihre Ziele verschieden formulieren und mit unterschiedlichen Mitteln zu verwirklichen suchen. Das ist etwas ganz Natürliches, und es ist ganz bestimmt nicht unser Bemühen, diese alte Erkenntnis zum Gegenstand irgendwelcher Auseinandersetzungen mit den Parteien zu machen.

Wir können allerdings offen sagen, daß es nicht die bürgerlichen Parteien waren, bei denen die Arbeitnehmer bisher auf Unterstützung ihrer Anliegen rechnen konnten. Es gibt Interessengemeinschaften, über die wir uns weder hinwegsetzen wollen noch hinwegsetzen können. Die Einheit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften wird dadruch in keiner Weise verletzt. Wir würden es begrüßen, wenn alle Parteien die gewerkschaftlichen Anliegen vertreten würden. Aber leider sind das vorläufig nur Wunschträume. Und solange das so ist, dürfen wir nicht aus dem Auge verlieren, daß das Wichtigste, worauf es uns als Gewerkschafter ankommt, unsere parteipolitische Unabhängigkeit ist und die Freiheit, in dieser Gesellschaft mit allen gebotenen Mitteln für die Interessen der Arbeitnehmer einzutreten.....

"... DIE FUNKTION DER SS ..."

In meiner kommentierten Bibliographie zur gegenwärtigen deutschen Gewerkschaftsliteratur (informationen 5) zitierte ich aus dem Aufsatz "Die politische Arbeiterbewegung Westeuropas" von Viktor Agartz den Satz: "Dabei haben die Apparate der sozialdemokratischen Parteien und die der Gewerkschaften die Funktion der SS übernommen". Der Satz ist unvollständig. Es fehlen die Worte: "... aus Gründen, die wir angedeutet haben". In der WiSo (Heft 11, 1961, S. 522) vertritt Werner Haag in einer Auseinandersetzung mit dem Blatt "Feinde der Demokratie" die Auffassung, daß ein Zitieren des Satzes ohne den zweiten Satzteil eine "glatte Fälschung"

sei. Er kommentiert im übrigen Agartz wie folgt:

"Es wurden in internationaler Sicht die Funktionen der Apparate erklärt, deren zentrale Techniker z.B. Mollet, Sarragat, Spaak oder Wehner heißen bzw. sich in den Personen repräsentieren, die in der IBFG-Spitze den Ton angeben. Nicht im mindesten waren demnach anständige Sozialisten, Demokraten oder Gewerkschafter beleidigt worden, wenn von gewissen Apparaten gesagt wurde, sie fungierten als Schutzstaffeln (Abkürzung: SS) des Kapitalismus."

Wichtiger als dieser Interpretationsversuch, der verkennt, daß die SS eben nicht nur die "Funktion" von Schutzstaffeln ausgeübt hat, sondern für Konzentrationslager, Vergasung und Liquidierungen verantwortlich war, ist jedoch der Beitrag "Zur Sozi logie der Gewerkschaften" von Viktor Agartz im selben Heft, in dem Agartz versucht, eine etwas wissenschaftliche Analyse der Funktion der Apparate zu leisten. Diese setzt freilich, darin bleibt Agartz seiner von mir kritisierten Einschätzung treu, im "Überbau" an und schilt die Ideologie un den "Typ" der Bürokratie, statt von der gesamtgesellschaftlichen Struktur und der Form der Organisationen und der Betriebsverfassung auszugehen.

Jürgen Seifert

BUCHBESPRECHUNGEN:

VON DER UNMÖGLICHKEIT, NICHT MARXIST ZU SEIN

Bemerkungen über Kolakowski [x)]

Wir sind es gewöhnt, daß man hierzulande Brecht "vergesellschaftet". Man wird auch Kolakowski gesellschaftsfähig machen. Die Gruppen, die eigentlich den kolakowskischen Gedankengängen folgen müssten, sind selbst von diesem Prozess bedroht. Man liest das Buch nicht, weil es Revisionismus sei.

Für uns ist dies ein Beweis, Brecht und Kolakowski "trotzdem" zu lesen, oder gerade "deshalb". Wir unternehmen immer noch den Versuch, uns zu widersetzen. -

Der Untertitel, "Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein", bringt schließlich nichts anderes zum Vorschein, als "Von der Unmöglichkeit, nicht Marxist zu sein". Marxismus ist zum Begriff geworden, zu einer Kategorie gesellschaftlicher Verhaltensweise, und unterliegt deshalb seiner Dia-

lektik. Wir können dankbar sein, daß Prof. Kolakowski von der Dialektik etwas versteht; die Dynamik der Begriffe versteht der nicht, der Marxismus so faßt wie Piper im Vorwort.

Wir können des weiteren dankbar sein, daß endlich einmal ein solches Buch geschrieben wurde, mißt sich doch die Güte eines Buches solchen Inhalts meist daran, inwieweit Selbstverständlichkeiten aus der Sphäre des Unbewußten gehoben wurden.

Der Begriff, der hier sich immer wieder aufdrängt und in jedem Essay anklingt, ist jener der Institutionalisierung als Prozess und jener der Institution, die sich als ihr Resultat vorfindet. Der zum Begriff gewordene Marxismus unterliegt hier der Dialektik des Begriffes, die eine Dialektik auch der Sache ist. Kolakowskis offensichtlicher Rückgriff auf Hegel scheint uns gerechtfertigt. Die Begrenzung der Dialektik nur auf die Sache führt zu ihrer Entfremdung. - Die Sache unterliegt ihrer Dynamik, sie hat ihre Dialektik an sich, sie spiegelt sich in dem Werden des Begriffes wieder, der der Sache angemessen ist. Sofern sich Dialektik inhaltlich bestimmt, unterliegt auch der Begriff Dialektik seinen eigenen Gesetzen.

Der Marxismus - das hat man allgemein bisher gehört - hat etwas mit Dialektik zu tun. Insofern hat er auch seine Momente, die sein Wesen ausmachen, die seine Bewegung ermöglichen. Der Begriff Marxismus, inhaltlich bestimmt, hat nach Kolakowski zwei Momente, das mit institutionellem und das mit intellektuellem Inhalt. Marxismus als Prozess hat eben wegen dieser Tatsache seine Dialektik. Das Zentrum Marxschen Denkens, die 11 Thesen über Feuerbach (daß man aus der Theorie hin zur Praxis müsse, daß die Theorie notwendigerweise in die Praxis sich entläßt), findet seine Wahrheit, leuchtet hier von Neuem auf. Der vulgarisierte Praxisbegriff des Stalinismus hat dabei nichts zu suchen. Daß die Theorie, das unmittelbare intellektuelle Moment des Marxismus, das philosophische Moment, in seiner bloßen Unmittelbarkeit für den Intellektuellen, hinausweist in die Praxis, auf die Praxis, das ist das Wesensmerkmal des Marxismus.

Die notwendige Entäußerung des Marxismus in die Praxis weist notwendigerweise in Richtung auf die Institution-Institution hat ihre Notwendigkeit. Sie ist Mittel zu etwas, das sich äußerst konkret bestimmt, das mehr ist als blosse Idee, aber auch mehr als bloße Praxis. Hier gewinnt Marxismus seine Wahrheit - durch die Praxis. Die Idee, daß der Mensch nicht mehr zu hungern braucht, findet ihre Wahrheit dann, wenn er nicht mehr hungert. Das ist evident. Der Weg dorthin führt über die Institution. Lenins "Was tun ?" wird zum Handbuch der Institution.

An keiner Stelle seines Buches verurteilt Kolakowski die Notwendigkeit der Institutionalisierung. Sie ist notwendig, und notwendig für den Marxisten ist es, sich ihr zuzuwenden.

Er wendet sich gegen die Institution als Resultat, wenn sie die Eigenschaft, Moment am Marxismus zu sein, verliert, wenn sie sich der Bewegung der Sac

also des Begriffs, entfremdet und statisch, Selbstzweck wird. Hier wird dann das intellektuelle Moment suspekt, die Intellektuellen brauchen ihre Klugheit, um sich für die Beschlüsse der Institution zu begeistern, nicht um die Beschlüsse klug zu machen (Kol. S. 56).

Hier findet sich, was Kolakowski als "die Unmöglichkeit, Marxist zu sein" bezeichnet.

Durch die Erstarrung in der Institution verliert der Marxismus seinen Zweck und sein Ziel, außerhalb des Gegenwärtigen in der Zukunft liegen und damit seinen Sinn. Der Stalinismus wird zur "Rechtsabweichung", ist es doch gerade das Wesen der "Linken", daß sie "jene hoffnungsvolle Bewegung ist, die den Druck der erstarrten Systeme, Institutionen, Sitten, geistigen Gewohnheiten und verhärteten Doktrinen sprengt" (S. 162).

Das Aufzeigen der Notwendigkeit von Institutionalisierung, die Notwendigkeit aber auch der Eliminierung des institutionellen Marxismus aus der Wissenschaft (Kol.) sind die Hauptthemen dieses Buches. Die Beschlüsse sollen wieder klug werden.

Siegfried Blasche

x) Leszek Kolakowsky, "Der Mensch ohne Alternative"
Piper-Verlag, München, 1960

BEITRÄGE ZUR PROBLEMATIK DER KOEXISTENZ

Isaac Deutscher,
Der große Wettkampf
Dodrecht 1960, DM 8,80

Die Problematik der Koexistenz ist noch nicht zuende gedacht; neue Voraussetzungen zur Diskussion lieferte Isaac Deutscher 1960 in seiner Aufsatzsammlung "Der große Wettkampf", in der er aus der innenpolitischen Situation der Sowjetunion heraus Chruschtschows Koexistenzpolitik ableitet. Deutscher, 1907 in Polen geboren, 1932 aus der KP ausgeschlossen, u.a. Verfasser der Trotzki-Biografien "The Prophet Armed" und "The Prophet Unarmed" und bis 1949 erfolgreichster Rußlandexperte der englischen Presse, lebt heute vom Journalismus zurückgezogen in England.

Wesentlich zum Verständnis der Sowjetunion ist nach Deutscher die "Zwiegesichtigkeit des Chruschtschowismus": während nach Stalins Tod das Drängen der Arbeiter nach größeren Freiheiten in den Betrieben unzusammenhängend geblieben sei, verkörperten die Schriftsteller, die dieses Drängen publizistisch, und die Bürokraten, die es praktisch artikulierten, gleichzeitig "die

Auflehnung gegen den Stalinismus und ebenso die Verbundenheit mit dem Stalinismus", aus dessen Komplizenschaft sie hervorgegangen waren. Diesen Doppelcharakter tragen auch die Reformbestrebungen,"die wirtschaftliche und soziale Kapazität zu steigern und ebenso den unausgesprochenen Wünschen der verschiedenen sozialen Klassen und Gruppen halbwegs entgegenzukommen." Zwar sei die Furcht vor Terror und politischer Polizei gemindert, die Wirtschaftskontrolle in die regionalen Wirtschaftsräte dezentralisiert, der kollektive Rahmen der Landwirtschaft durch individuellen Anreiz gestärkt und ein Programm der Arbeitszeitverkürzung eingeleitet worden. Seit dem Schock des ungarischen Bürgerkrieges jedoch zeichne sich ein Kontrast ab "zwischen dem kühnen Schwung der wirtschaftlichen und sozialen Reformen und dem ängstlichen Konservatismus und der Stagnation auf dem rein politischen Gebiet." Chruschtschows "Feldzug gegen den Revisionismus" richte sich gegen die tabufreie Erforschung der letzten vierzig Jahre und gegen die freie öffentliche Diskussion um die Ersetzung des "bürokratischen Zentralismus der stalinistischen Ära" durch den vorstalinschen demokratischen Zentralismus. "Es ist, als ob Chruschtschow, nachdem er das Skelett im stalinistischen Schrank gezeigt hat, nun versucht, die Tür vor diesem Skelett zuzuschlagen und vorzugeben, daß sich nichts ereignet hat." Als weiteren Konfliktstoff führt Deutscher den Gegensatz zwischen der intellektuellen Freizügigkeit in den Naturwissenschaften und dem orthodoxen Zwang in den humanistischen Fächern an.

Dennoch läßt sich nach Deutscher voraussehen, daß die durch das hochentwickelte sowjetische Volksbildungssystem gewonnene Selbstsicherheit und Befähigung der Arbeiter der Forderung nach Kontrolle über die Industrie neue Bedeutung verleiht. Nach der Überwindung der Kluft zwischen Handarbeit und Kopfarbeit werde "selbst die mildere, die Chruschtschowsche Form der Diktatur unmöglich und überlebt erscheinen." Diesem Drängen der bewußt werdenden Massen nach politischen Freiheiten müsse die bislang unkontrollierte Bürokratie bei Gefahr des Untergangs nachgeben. Nicht nur die Emanzipation der Arbeiter wird nach Deutschers Analyse nach weiteren Jahrzehnten die Sowjetunion zu einem freien Land machen. Auch das "Gären im intellektuellen Bereich" erscheint ihm als "Hinweis auf eine Wiedergeburt des marxistischen Denkens", weil (anders als vielleicht in Ungarn oder Polen) die intellektuelle Reaktion gegen den Stalinismus sich keinesfalls gegen den Marxismus als "undogmatische kritische Denkschule" richtet, "in der die besten Traditionen der westlichen Philosophie und des radikalen politischen Denkens" enthalten sind. Nach den Schatten des gegenwärtigen Interregnums meint Deutscher bereits "den freieren Atem der Zukunft" zu spüren - einer Zukunft, in der aus der schöpferischen Spannung, geschaffen aus den Leiden und den Errungenschaften der Vergangenheit, eine neue bedeutende Kultur blühen werde.

Entsprechend dem Doppelcharakter der Innenpolitik sei "die sowjetische Außenpolitik aus einem Überbleibsel des stalinistischen Isolationismus und einem neuen Internationalismus zusammengesetzt." Trotz des ungarischen Rückschlags beweise diesen Internationalismus die neue

wirtschaftliche Arbeitsteilung innerhalb des Ostblocks. Ein Imperialismus nach stalinschem Vorbild wie hohe Rüstungskosten würden nur die industrielle Entwicklung gefährden. Nach Deutscher muß die sowjetische Außenpolitik eine Konsumgüternachfrage, die durch Aufrüstung nur gefährdet würde, und einen allgemeinen Argwohn gegen eine militärische Umkreisung, die dem russischen Volke seit 1917 nur Leid gebracht hat, berücksichtigen. Der Friedenswille der öffentlichen Meinung beobachte mit banger Hoffnung den Erfolg, den Chruschtschows Atomversuchsstops, seine Teilabrüstung, die Freigabe Österreichs usw. im Westen haben.

Als Säule von Chruschtschows diplomatischem Programm bezeichnet Deutscher die Bewahrung des internationalen status quo, das Einfrieren der Demarkationslinien. Daran knüpfe sich jedoch Chruschtschows stille Erwartung, "das Gleichgewicht der Kräfte würde sich auf der Basis der status quo zugunsten der Sowjetunion verschieben." Deutscher weist mit Recht darauf hin, daß im Falle Irak, Ägypten, Kerala und Indonesien die Sowjetunion ihre Positionen nicht zur Machtübernahme ausgenutzt hat. Achillesferse dieser Politik sei Berlin, weil die Aufrechterhaltung von Berlins status quo für den Osten, die Änderung seines status quo für den Westen von Nachteil ist.

Die zehn oder fünfzehn Jahre status quo seien die Atempause vor dem "offenen Entscheidungskampf mit dem Westen". "Es braucht kein Streit mit den Waffen zu sein. Die Marxisten haben die Überzeugung, daß in einem Streit zwischen zwei entgegengesetzten sozialen Systemen das System gewinnen wird, das an Tatkraft und Fähigkeit, die produktiven Kräfte einer Gesellschaft zu entwickeln und die schöpferischen Energien zu entfalten, überlegen ist." Deutscher sieht die Möglichkeit, daß die Sowjetunion in einem künftigen "internationalen Laissez-faire" durch eine Invasion mit billigen Konsumgütern sich Terrain erobern und eine Attraktion für die westlichen Arbeiter werden könne. Deutscher gibt jedoch zu bedenken, daß diese Politik des "Überholens" stillschweigend voraussetzt," daß die westliche Wirtschaft im kommenden Jahrzehnt nicht wesentlich weiterentwickelt wird." Gemeint ist ein wirtschaftlicher Wettstreit, der "den Krieg und die Kriegsbedrohung, die die gegenwärtige Rüstungsjagd mit sich bringt, ausschalten soll."

Da bei einer partiellen Abrüstung ein Betrug kaum vermieden werden könne, habe Chruschtschow mit seinem Angebot der völligen Abrüstung das "Ei des Kolumbus gefunden". Da aber selbst die totale Abrüstung in vier Stufen erfolgen solle, sei die Gefahr der Teilabrüstung durch die Hintertür wieder in das Konzept hineingekommen.

Daß die Herausforderung "im letzten geistiger Art" sei, zeige sich auch dem Programm der Arbeitszeitverkürzung und der "nie vorher dagewesenen Ausbreitung und Verbesserung der Möglichkeiten der Weiterbildung". In der Freizeit könne der Arbeiter in Muße zu sich selbst kommen und frei werden, weil er "nicht zum Opfer kommerzialisierter Unterhaltung und der verdummenden Gemeinheit einer Sensationspresse und des Fernsehens" wird. Allerdings werde er derzeit noch mit einer Menge unverdaulicher Dogmen gefüttert.

Man habe erkannt, daß der Kapitalismus trotz aller Zusammenbruchsprognosen weiterfunktioniert. Darum solle er durch die wirtschaftliche Überlegenheit der Sowjetunion infragegestellt werden. Die Sowjetunion habe dabei den Vorteil, daß kein wirtschaftlicher Wettbewerb Kraft verschleißt und die technischen Errungenschaften staatlich konzentriert vorwärtsgetrieben werden können. "Allein, um nicht an Boden zu verlieren, braucht der Westen eine viel weitergehende wirtschaftliche Expansion und viel Stoßkraft, um den nationalen Separatismus in seiner Mitte zu überwinden."

Die Erfolge der Sowjetunion werden vor allem die zu industrialisierenden Entwicklungsländer faszinieren, zumal diese "allen Grund zu hoffen" haben, daß ihr "Preis an Leiden und Unterdrückung" niedriger sein wird als der der Sowjetunion.

"Noch hat der Westen gewaltige Aktivposten" betont Deutscher, wenn er "es lernt, der Zukunft ins Angesicht zu schauen, statt an der Vergangenheit zu kleben". Deutscher weist darauf hin, daß die Sowjetunion den drängenden Massen eines Tages auch die politische Freiheit wird geben müssen, die es heute nur im Westen gebe. Als einzige Hoffnung auf eine Rettung vor der Vernichtung beider Blöcke sieht Deutscher darin, ihre Konkurrenz "zu einer beide Seiten anspornenden Zusammenarbeit zu wandeln".

Deutschers Verdienst ist, aus der innenpolitischen Entwicklung der Sowjetunion die Notwendigkeit der Chruschtschwoschen Koexistenzpolitik hergeleitet zu haben. Motor dieser Politik ist erstens, daß die Konsumwünsche der Massen, da Planwirtschaft herrscht, nur auf Kosten der Rüstung, d.h. bei gleichzeitiger Abrüstung, befriedigt werden können. Zweites Motiv ist die Furcht der Massen vor einem weiteren Weltkrieg. Daß die noch herrschende Bürokratie über beide Wünsche der Bevölkerung nicht mehr hinwegsehen kann, ist deren Emanzipation durch das umfassende Bildungssystem zu verdanken. Als retardierende Momente dieses historischen Prozesses nennt Deutscher die Reste des hauptsächlich stalinschen "Dogmatismus" und die daraus resultierende politische Unsicherheit.

Deutschers Analyse der Sowjetunion ist den Extremisten unbequem, die entweder glauben, der Sozialismus sei in der Sowjetunion erreicht, oder aber behaupten, seit Stalins Tod habe sich wesentlich nichts geändert. Die Zwiegesichtigkeit der Chruschtschow-Ära erstreckt sich auch auf die Außenpolitik der Koexistenz: einerseits wird Friedenswille proklamiert, andererseits ist dem Regime eine u n a b h ä n g i g e Arbeiterbewegung innerhalb der Sowjetunion wie auch außerhalb suspekt.

Deutscher hat wesentliche Voraussetzungen für die Diskussion der spezifisch sowjetischen Perspektive der Koexistenz geliefert. Diese wird in der kommenden Ausgabe der "neuen kritik" zusammen mit den übrigen Konzeptionen von der Koexistenz noch kritisch abzuhandeln sein.

Michael V e s t e r

ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

Julius Braunthal, Auf der Suche nach dem Millennium
(2 Bände, DM 3,80, zu beziehen durch Bund-Verlag GmbH, Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Straße 69)

"Eine Epoche in der Geschichte des Sozialismus hatte ihr Ende gefunden... Die Welt,in die ich hineingeboren war, und die Ideen und Traditionen, die ich mit so glühender Liebe gepflegt hatte, waren zusammengebrochen." Diese Sätze, die die Bedeutung des Dollfuss'schen Staatsstreiches in Wien 1934 für die österreichische Sozialdemokratie unterstreichen sollen, finden sich in einem Buch, das, bereits 1945 geschrieben, mehr sein will als blosse Autobiographie. Sein Verfasser, Julius Braunthal, wollte mit ihm zeigen, "wie ein junger Wiener Arbeiter, von der sozialistischen Idee ergriffen, ihre Schicksale in den letzten vierzig Jahren erlebt und in seinem Bewußtsein reflektiert hat". Vorausgesetzt, daß ein Beitrag zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung geliefert werden sollte, mußte dessen Verwirklichung in der Form dieses Buches unvollständig in einer Hinsicht bleiben: 1935, nach dem Zusammenbruch der legalen Bewegung, emigrierte Braunthal nach England und war deshalb nicht mehr in dem Maße in der Lage, an der weiteren Entwicklung der sozialistischen Bewegung bis zum Kriegsausbruch aktiv teilzunehmen, wie vor 1934. Dementsprechend treten die autobiographischen Züge in den letzten Kapiteln, die die Zeit von 1934/35 bis 45 behandeln, stärker hervor. Im Mittelpunkt steht jene rund 30 Jahre umfassende Epoche, die 1934 "ihr Ende gefunden" hatte. Obwohl die deutsche Übersetzung schon vor 13 Jahren publiziert wurde, hat das Buch bis heute nichts von seiner grundsätzlichen Bedeutung verloren.

Braunthal, vor kurzem 70 Jahre alt geworden, bis 1956 Sekretär der nach dem 2. Weltkrieg wiedergegründeten Sozialistischen Internationale, war vor 1914 in verschiedenen Jugendorganisationen der österreichischen Sozialdemokratie tätig; 1919 wurde er in die Redation der von Victor Adler begründeten "Arbeiter-Zeitung" berufen, von der Braunthal sagt, daß sich in ihr "der Geist der Bewegung kristallisierte"; außerdem war er bis 1934 Redakteur zahlreicher anderer Publikationen der SPÖ. Aus dieser Funktion eines maßgebenden sozialistischen Journalisten resultiert eine Nähe zum Gegenstand, die Braunthal dazu befähigt, mit seinem Buch eine lebendige Schilderung der Strömungen, Tendenzen und Personen zu geben, die zu dieser Zeit in der österreichischen Arbeiterbewegung wirksam wurden. Begegnungen und Gespräche mit Victor Adler, Otto Bauer, Karl Kautsky, Rudolf Hilferding und vielen anderen sind die Höhepunkte einer Darstellung, die auch die außerösterreichischen Bewegungen und ihre führenden Organisationen, besonders die damalige SPD, in die Betrachtung einbezieht. Wenn Braunthals Buch dem notwendigen kritischen Verständnis einer vergangenen Epoche der europäischen Arbeiterbewegung Hilfe bietet, dann nur aus dem Grund, eine durchaus subjektive Chronik zu sein, in der die objektive Entwicklung selbst lebendig wird. Eine theoretisch begründete Durchleuchtung der Epoche fehlt.

Für eine auf die sozialistische Veränderung der Gesellschaft ausgerichtete Bewegung war ihre eigene Entwicklung eine permanente Niederlage. Hier setzt das historische Interesse ein, das diesen Tatbestand nicht nur zur Kenntnis nehmen will, sondern auch nach den objektiv bewegenden Ursachen fragt. Braunthal selbst bemüht sich fortgesetzt um eine Erklärung, wieso statt des erwarteten und aufrichtig herbeigesehnten "Millennium" am Ende der Faschismus siegte. Was ihn daran hindert, sie zu finden und so eine Epoche zu begreifen, ist eben jene Erwartung, daß die "Idee der Revolution" sich realisieren möge. Zwangsläufig stößt er immer wieder an die Grenzen eines im Grunde positivistischen Denkens, wenn er zu teilweise geistvollen Analysen von Einzelphänomenen ansetzt, dann aber auf der Suche nach den Zusammenhängen entweder in langatmige, unkritische Erörterungen sich flüchtet, die stark an die Position eines "ethischen Sozialismus" erinnern, oder aber in Resignation verfällt.

Eine der entscheidenden Voraussetzungen für den Sieg des Faschismus in Deutschland - die Spaltung der Arbeiterbewegung - fehlte in Österreich vor 1934 fast vollständig. Trotzdem erwies sich eine mächtige und formal einheitliche sozialistische Organisation als unfähig, der Barbarei Einhalt zu gebieten. Umso klarer treten die Gründe des Versagens zutage. Bei dem Versuch, es zu ergründen, kommt Braunthal zu dem Schluß, daß "die sozialistische Politik sich zu einer Politik des 'Kleineren Übels' reduzierte, um größere zu verhüten... In dieser Atmosphäre des Opportunismus und der Kompromisse mußte der sozialistische Idealismus verdorren...". Damit soll das Versagen zu einer Frage der "moralischen Struktur der sozialistischen Bewegung" gemacht werden. Braunthal bedauert als Folge des Opportunismus den Verlust des "sozialistischen Idealismus"; würde dieser erst verschwunden sein, so bedeutete dies das Ende der Arbeiterbewegung und den totalen Sieg der Gegner. Braunthal sieht nicht, daß die Tatsache, daß die sozialistische Theorie lange zuvor zu einem blinden Idealismus unter anderen degenerierte, bereits den Keim zum späteren Opportunismus in sich trug. Nicht der Opportunismus der alten Sozialdemokratie (in Österreich wie in Deutschland) ließ ihren "Idealismus verdorren", sondern der Abstraktion der "Idee" zu einem Wert an sich entsprang umgekehrt jene fatale Politik des kleineren Übels. Diese Politik nannte sich selbst zu Recht "realpolitisch", weil sie andererseits nur den Grad der an der gesellschaftlichen Basis, unabhängig vom "Idealismus" der Parteitheoretiker bereits erfolgten Integration der Arbeiterbewegung in die bestehende Gesellschaftsordnung ausdrückte.

Die persönliche Redlichkeit und Integrität Braunthals sei nicht in Frage gestellt. Was aber aus jedem Satz in seinem Buch mit entwaffnender Naivität uns entgegentritt, trug entscheidend zu dem Verhängnis bei, in das die Entwicklung der europäischen Arbeiterbewegung mündete. Die Fetischisierung des mißverstandenen Begriffs der Revolution, die der sogenannte orthodoxe Marxismus unter Führung Kautskys in fast allen europäischen sozialdemokratischen Parteien vor 1914 als seine erste und einzige Aufgabe betrachtete, konnte nicht ohne Folgen bleiben. Ihr erlagen die Theoretiker fortschreitend in demselben Maße, wie die sich "revolutionär" ver-

stehende Organisation durch ihre Erfolge zu einem Bestandteil der Ordnung wurde, die sie bekämpfen wollte. Unter der hypnotisierenden Wirkung des Fetischs und unter dem Druck der faktischen Integration gerieten die sich aus den objektiven Tendenzen ergebenden Möglichkeiten zur Veränderung des gesellschaftlichen Ganzen in Vergessenheit. Am Anfang standen die Heiligsprechung der Revolution und der unerschütterliche Glaube ans kurz bevorstehende "Millennium"; am Ende jedes Abschnitts in dieser Epoche die reale Ohnmacht. Beides ist Ausdruck desselben bewußtlosen Verhaltens, das mit der Spannung zwischen Theorie und Praxis und ihrer Vermitteltheit vergessen hat, daß der Sozialismus nicht von selbst kommt. Fast wie von selbst konnte es aber immer wieder geschehen, daß die Organisation sich dem jeweils Gegebenen anpaßte, in dem Glauben, daß die Reinheit und die Macht der "Idee" davon unberührt bleibe. Kaum deutlicher manifestiert sich jene Ohnmacht, die sich der Pflicht zum bewußten Eingreifen begibt und die Schuld einem "auferlegten" Schicksal zuschiebt, als in den Worten, die Victor Adler zu Beginn des 1. Weltkrieges sagte: "Ich weiß, man muß für die Kriegskredite stimmen. Ich weiß nur nicht, wie ich es über die Lippen bringe. Es ist ein furchtbarer Entschluß, ein furchtbarer Konflikt, der nicht allein uns Deutschen auferlegt ist, sondern allen Proletariern, die beteiligt sind in welcher Weise. Es bleibt nicht anderes übrig, so furchtbar es ist, weil das Gegenteil noch schlimmer ist... Es gibt nur eines, was noch schlimmer ist als der Krieg, das ist die Niederlage." (Braunthal, S. 288)

Der historische Ablauf vermittelt die zunächst nur negative Einsicht, daß es nicht darauf ankommt, ein abstraktes Millennium zu suchen. Braunthals Buch illustriert diese Einsicht, indem es zeigt, wo eine der ausschlaggebenden Ursachen dafür zu suchen ist, daß ein Abschnitt in der Geschichte der Arbeiterbewegung so und nicht anders endete. Dadurch bleibt es lehrreich.

Peter Brokmeier

KLAGE GEGEN DEN "CIVIS"

Der Bundesvorstand des SDS hat gegen den verantwortlichen Redakteur der bislang vom RCDS herausgegebenen Studentenzeitung "CIVIS" Klage eingereicht. In Nr. 77 vom 10. Mai 1961 war im "CIVIS" das sogenannte Gedächtnisprotokoll einer angeblichen Sitzung in Frankfurt am Main veröffentlicht worden, an der auf Einladung des ehemaligen SDS-Mitgliedes Arndt Böttcher mehrere SDS-Mitglieder aus verschiedenen Gruppen teilgenommen haben sollen. Wegen dieses Protokolls hatte der Bundesvorstand des SDS bereits Klage gegen Unbekannt erhoben, da diese Sitzung nachweislich nicht stattgefunden haben kann. Zum anderen war im gleichen Fall geklagt worden gegen den ehemaligen SHB-Vorsitzenden Mahrun , der

das "Protokoll", ohne seine Echtheit nachzuprüfen auf der SHB-Delegiertenkonferenz verbreitet hatte. (Siehe "informationen 5, S. 35-37) Die Klage gegen den "CIVIS" wurde eingereicht, da er das "Protokoll" abgedruckt und seinen Inhalt als Tatsache behauptet hat.

---

7. BUNDESKONFERENZ DER NATURFREUNDEJUGEND

Einheit und Unabhängigkeit gegenüber allen politischen Kräften und eine wirklich demokratische innerverbandliche Willensbildung - das war der Eindruck, den die 7. Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend Deutschlands vom 26. - 28. Mai 1961 in Düsseldorf hinterlassen mußte. Grußbotschaften überbrachten als Gäste die Falken, die Gewerkschaftsjugend, die Jungsozialisten und der SDS. Auf der einen Seite wurde nicht zurückgesteckt; die Naturfreundejugend tritt nach wie vor für die Ostermärsche gegen die Atomrüstung in Ost und West ein, lehnt jedoch einen zentralen Atomgegnerkongreß für den Herbst ab, da er die Kräfte verschließen würde. Ohne Gegenstimme wandte sich die Konferenz "scharf gegen jegliche Einengung unserer im Grundgesetz niedergelegten freiheitlichen Rechte durch Notstands- und Notdienstpflichtgesetz". Auf der anderen Seite wurden die Anträge einer Minderheit von 5 % abgelehnt, die sozialistischen "Richtlinien der Naturfreundejugend Deutschlands" zu "modernisieren". Es ging vor allem um die Kernsätze:

> "Die Naturfreundejugend bejaht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Sie will jedoch mithelfen, die Klassenstruktur der gegenwärtigen Ordnung zu beseitigen und eine sozialistische Demokratie zu schaffen."

Obschon verschwindend klein, wurde die Minderheit nicht einfach überstimmt, sondern einer anfangs äußerst harten, aber immer freundschaftlichen Diskussion gewürdigt. Sie honorierte dies, indem sie unfaire Angriffe zurückzog. Mit Mehrheit wurde ein Antrag einer anderen Minderheit abgelehnt, im Wahlkampf den Kandidaten vier Gretchenfragen zu stellen, um davon die Wahlentscheidung abhängig zu machen. Hinter diesem Antrag steckte eine vorher zurückgezogene Resolution, ggf. die DFU zu unterstützen. Walter Buchpesch, neugewählter 2. Bundesjugendleiter, erklärte, die DFU "kann niemals eine politische Kraft sein, die die politische Entwicklung, in der wir uns heute befinden, aufhalten kann", höchstens ein Ventil. Auch die weiteren Gegenredner sprachen gegen die DFU, "weil sie auf bürgerliche Leute angewiesen ist" (Klaus Vack, neuer Redakteur von "Wir sind jung"); zwar hatte man an der herrschenden SPD-Politik viel auszusetzen, nicht zuletzt wegen des Verhaltens der SPD gegenüber den Ostermarschteilnehmern; doch

sah man in ihr die Partei, "die unser Existenzminimum garantiert", solange sie nicht die Sperrminorität verliert. Herbert Faller wurde für weitere zwei Jahre zum Bundesjugendleiter gewählt. Bemerkenswert waren noch die Entscheidung, am Dachaukommitee teilzunehmen, und der Bericht des Filmreferenten Gerhard Schoenberner vom Eichmannprozeß.

ALGERIENAUSSTELLUNG IN GÖTTINGEN

In den ersten zwei Maiwochen wurde eine Dokumentation über den Algerienkrieg in der Akademischen Burse gezeigt. Die Ausstellung war hauptsächlich von Reimar Lenz in Zusammenarbeit mit Berliner Freunden, unabhängigen Studenten der Göttinger Universität, der ESG, dem SDS und der afro-asiatischen Studentenunion zusammengestellt worden.

Man hatte folgende Teilgebiete berücksichtigt: 1. Französische Kriegshandlungen, Vergeltungsaktionen, Folterungen; 2. FLN-Aktionen und Attentate; 3. algerisches Elend; 4. Hilfe für Algerien; 5. die Haltung der Bundesrepublik; 6. (leider sehr kurz und spärlich): Frankreichs wirtschaftliche und politische Interessen und die soziologische Struktur des Landes.

Die Ausstellung, die vorher in Berlin nur unter erheblichen Schwierigkeiten gezeigt werden konnte, verlief in Göttingen ohne jede Störung. Prof. Wolf und Prof. Nürnberger hielten die Eröffnungsreden, Reimar Lenz gab eine Pressekonferenz, abschließend fand ein Podiumsgespräch statt. Die Ausstellung wurde mit einem Brief an den Bundeskanzler beendet, den wir hier wiedergeben:

"in Kenntnis dessen, daß bei Niederschlagung des algerischen Aufstandes 800.000 Algerier getötet, 1,8 Millionen, meist Frauen und Kinder, in Umsiedlungszentren gebracht und Zehntausende von politischen Gefangenen in Konzentrationslagern eingeliefert worden sind, in denen nach Berichten des Internationalen Roten Kreuzes gefoltert wird.

fordern wir

x volles Asylrecht
für die algerischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik, das ihnen bisher vorenthalten worden ist, obwohl es ihnen nach unserem Grundgesetz zusteht,

x Gleichstellung
unserer algerischen Kommilitonen mit Flüchtlings-Studenten aus Osteuropa, die nach dem Hanneffer Modell wie deutsche Studenten behandelt werden,

x die Zusage,
daß jene jungen Franzosen, die aus Gewissensgründen den Kriegsdienst in Algerien ablehnten und ins Ausland flohen, von der Bundesrepublik nicht ausgeliefert werden,

x intensive Bemühungen
um Rückführung aller minderjährigen Deutschen aus der Fremdenlegion;

bitten wir

x um Hilfe für die algerischen Flüchtlinge und um künftige Aufbauhilfe für das verwüstete Algerien,

x bitten wir Sie, sich nunmehr für die Freiheit in aller Welt einzusetzen, auch und gerade für die Freiheit in Algerien.

Der SDS unterstützt als Bundesverband diese Forderungen.

Die Aufnahme der Ausstellung bei der Presse war teils gut (bei sozialdemokratischer Göttingener Presse), teils sehr kurz (F.A.Z.), teils wurde sie totgeschwiegen (CDU-Presse). Prof. Wolfs Rede, die sehr kritisch war und direkt an die Hauptprobleme rührte, wurde vom Fernsehen übertragen. -- Die Besucher waren meist Studenten und einige Schüler und Berufstätige, die sich mit der Thematik wohl schon vorher beschäftigt hatten. Diese Tatsache spiegelt erneut das allgemeine Desinteresse an diesen Fragen sowie die große Entpolitisierung der Bevölkerung wieder.

"UNGESÜHNTE NAZI-JUSTIZ" - Kiel, Hamburg, Stuttgart, Freiburg

Die von Reinhard Strecker zusammengestellte Ausstellung wurde vom 9. - 19, Mai in Kiel gezeigt. Als Träger fungierten die Gemeinschaft politischer Hochschulgruppen Uni. Kiel (ISSF, LSD und SDS). Eine Pressekonferenz eröffnete die Ausstellung. Presse, Rundfunk und Fernsehen brachten Reportagen. Der Rektor der Universität Kiel, Prof. Burck, hielt die Eröffnungsrede, in der er uneingeschränkt die Veranstaltung befürwortete. Burck sagte, die Schlichtheit und Sachlichkeit der Ausstellung sei eine Aufforderung, sich den Realitäten zu stellen. Etwa 800 Besucher waren zu verzeichnen. Eine abschließende Podiumsdiskussion hatte das Thema: "Justiz in Diktatur und Demokratie - Richter zwischen Gesetz und Gewissen."

Vom 29. Mai bis 9. Juni war die Ausstellung im Pädagogischen Institut der Hamburger Universität zu sehen. Veranstalter: AStA, ESG, LSD, SDS. Die KSG zog drei Tage vor der Eröffnung ihre Zusage zurück, nachdem der RCDS in Kiel festgestellt hatte, daß in einem ausliegenden Urteil auch der Kommentar von Stuckart-Globke angeführt wurde. -- Der Rektor, Prof. Thielicke, hielt die Eröffnungsrede. Schwierigkeiten traten auf, als Hamburger Richter mit einer einstweiligen Verfügung gegen ein Plakat drohten, unter dessen Überschrift "Können Mörder Richter sein?" auch eine Namensliste von heute noch amtierenden und schwer belasteten Richtern zu sehen war (die Namen der Hamburger Richter waren unterstrichen). Liste und Plakat wurden nach wenigen Tagen entfernt. Nach einem Gespräch zwischen Prof. Thielicke und dem Oberlandesgerichtspräsidenten Görtz kam ein Kompromiss zustande, demzufolge das Plakat entfernt blieb, aber die Liste ohne Unterstreichungen der Namen wieder angebracht werden konnte.

Vom 12. - 17. Juni wurde die Ausstellung an der TH Stuttgart gezeigt, eingeleitet von Prof. Golo Mann, getragen u.a. auch vom AStA. In Stuttgart nahm die Öffentlichkeit besonders aufmerksam teil ...

Vom 26. Juni bis 1. Juli wird die Ausstellung in Freiburg unter der Schirmherrschaft des AStA von den politischen Studentenverbänden, KSG, ESH, DIS, IAK, WUS und der Fachschaft Juristen getragen. An der Podiumsdiskussion der politischen Studentenverbände nehmen die Professoren Bergstraesser und Jesched teil.

Obschon die Ausstellung in diesem Semester ein Erfolg ist, erhält der SDS aus der Öffentlichkeit außerhalb der Universität keine materielle Hilfe. Vielmehr erfordert die Arbeit unzumutbare materielle und zeitliche Opfer da die Förderungswürdigkeit des SDS immer noch nicht wieder anerkannt ist. Auch von Seiten der Sozialdemokratie wurden keine Erleichterungen geschaffen. - Das Richtergesetz kann zwar als ein - wenn auch inkonsequentes - Resultat der Aktivitäten des SDS gewertet werden, scheint aber mehr der Rücksicht auf die Weltöffentlichkeit zu entspringen, da man ja noch nicht vor allzulanger Zeit die Aktivitäten der Aktion "NS-Justiz" in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (10. Mai 1960) als "von Pankow ferngelenkt" verleumdete, um abzulenken.

BERICHTE AUS DEN GRUPPEN

In diesem Heft können wir leider nicht über alle Gruppen berichten, da von einigen keine detaillierten Mitteilungen über ihre Arbeit vorliegen. Wir bitten alle Gruppen, uns umgehend über sämtliche Aktivitäten, sowie über wesentliche Ereignisse an und außerhalb der Hochschule zu informieren.

BERLIN

Vom 29.3. bis 10.4. veranstaltete der Landesverband eine Gruppenreise nach England, an der 15 Genossen teilnahmen. Sie hielten mit Studenten des Oxford Labour Club und anderen sozialistischen Studenten ein politisches Seminar über Fragen der Abrüstung, des Sozialismus in Westeuropa und der Entwicklung in den ehemaligen Kolonialländern ab. Mit dem Transparent: "No A-Weapons for Bonn - Socialist Students Berlin" beteiligte sich die Gruppe am Aldermaston Marsch.

Zwischen dem 28.4. und 2.5. fand auf Einladung des Berliner SDS eine Tagung des Gesamtverbandes über das Hochschulprogramm des SDS statt. Es wurden die Ergebnisse der bisherigen Arbeiten zusammengetragen und abschließend diskutiert. Ein Redaktionskollegium ist in den Pfingstferien zusammengetroffen, um die hochschulprogrammatischen Vorstellungen des SDS zu formulieren. Sie wird Ende Juni in einer Broschüre erscheinen.

Am 25.4. versuchten Mitglieder des SDS vor der Maison de France gegen den französischen Atombombenversuch und den rechtsradikalen Putsch in Algerien Flugblätter zu verteilen. Die Polizei setzte gegen diese Demonstration einiger weniger Studenten mehrere Mannschaftswagen Bereitschaftspolizei ein. Ohne jede Rechtsgrundlage wurde das Verteilen der Flugblätter dadurch verhindert, daß 5 SDS-Mitglieder festgenommen wurden.

Am 1. Mai beteiligte sich der SDS an der diesjährigen Berliner Mai-Kundgebung. Ein Transparent des SDS "Gegen Atomrüstung" schwebte an Ballons befestigt 25 Meter über dem Platz der Republik.

Die Genossen Skriver, Schönberner und Weber berichteten in einer Veranstaltung über den Eichmann-Prozess, an dem sie als Pressebeobachter teilgenommen hatten. -- In einer anderen Veranstaltung wurde mit einem Vertreter des polnischen Außenministeriums über "Der Rapackiplan und die veränderte Weltsituation" diskutiert.

Die FU-Gruppe veranstaltete in den Ferien zwei Seminare. Am 25./26.2. sprachen Michael Schumann und Jürgen Seifert, beide Frankfurt, über das Thema "Student und Arbeiterschaft", am 22./23.4. referierten Dr. Alexander Mustafa Abuzeid und Heinz Brakemeier (Frankfurt) über "Probleme der kolonialen Revolution".

Am 15.5. sprach ein Gewerkschafter über "Autoritäre Tendenzen in der Bundesrepublik aus gewerkschaftlicher Sicht (Notdienstgesetz, Gewerkschaftsgesetz)". -- Ferner fanden statt ein Immatrikulationstee und eine filmkritische Tagung mit Filmen aus der Nazizeit, der Bundesrepublik und der DDR.

Vier Arbeitskreise zu folgenden Themen finden reges Interesse:

1. Hochschulpolitik; 2. Entwicklungsländer; 3. Marx: Das Kapital; 4. Literaturkritik (Brecht: "Kleines Organon").
Die FU-Gruppe zeigte am 25.5. Filme aus der Zeit 1930-33.

BRAUNSCHWEIG

In einem Zyklus über Gewerkschaftspolitik referieren Mitglieder der Gruppe über folgende Themen: Gewerkschaften in der Sackgasse?; Theorie der sozialen Marktwirtschaft; Gewerkschaften und Mitbestimmung; Gewerkschaften in den USA und im Ostblock; Gewerkschaften und Entwicklungsländer. Neben zwei Filmveranstaltungen wurde für das Sommersemester die Verteilung von Flugzetteln zu aktuellen Anlässen geplant.

DÜSSELDORF

Die Gruppe führt ein gut besuchtes wöchentliches Filmseminar und einen Arbeitskreis über autoritäre Tendenzen in der Bundesrepublik durch, an dem sich auch Mitglieder örtlicher Arbeiterjugendverbände beteiligen.

FRANKFURT

Das Semesterprogramm wurde durch eine Mitgliederversammlung am 5. Mai eingeleitet. Nach einem Teeabend für Neuimmatrikulierte am 9. Mai konnten 28 neue Mitglieder gewonnen werden.

Als Einleitungsveranstaltung des pädagogischen Arbeitskreises wurde am 10, Mai der von dem sowjetischen Pädagogen Makarenko inspirierte Film "Der Weg ins Leben" gezeigt. Am 15. Mai folgte eine Veranstaltung mit Gerd Semmer und Dieter Süverkrüp. Unter dem Motto "Ah! Ça ira" sangen und erklärten sie Lieder der Französischen Revolution. Der 11. Juni brachte 2 Veranstaltungen. Nachmittags sprach Joseph Buttinger, der seinen Flug von Wien nach New York in Frankfurt unterbrochen hatte, über das Thema "Am Beispiel Kubas". Am Abend referierte Helmut Kentler im Rahmen der pädagogischen Arbeitsgemeinschaft über "Das Kollektiv als Erziehungsmacht". Augustin Souchy, 1936 Sekretär der syndikalistischen Internationale, sprach am 14. Juni über den spanischen Bürgerkrieg, in dem er selbst mitgewirkt hatte. Im Rahmen des Arbeitskreises "SPD und Sozialismus" berichtete am 19. Juni Erich Matthias über "Diskussionen während der Emigrationszeit" und die Folgerungen, die die deutsche Linke aus ihrem Versagen von 1933 zog.

Arbeitskreise: 1. "Entwicklungstendenzen der Pädagogik in den USA und der UdSSR"; 2. "Klasse und Klassenbegriff"; 3. "Wirtschaftsplanung und Management in den USA und der UdSSR" (gemeinsam mit der Gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft); 4. "SPD und Sozialismus"; 5. "Probleme der Entwicklungsländer". Außerhalb der Veranstaltungen trifft sich die Gruppe regelmäßig jeden Montag abend, um vor allem die Diskussion tagespolitischer Fragen anzuregen.

Jeden Monat wird weiterhin eine kleine Zeitung (informativ) kostenlos an die Studenten verteilt. Auf Initiative des SDS führt der AStA in Kürze die Algerienausstellung durch, über die wir weiter oben berechtigt haben.

FREIBURG

An einem Streik gegen die ungerechtfertigte Erhöhung des Mensaessenpreises war die Gruppe führend beteiligt. Nachdem die außerordentliche Studentenvollversammlung sich gegen die Preiserhöhung ausgesprochen hatte, stellte sie sich einhellig hinter den Streikantrag eines SDS-Vertreters. Der Streik wurde dank der umfangreichen Vorbereitung des SDS mit großen Erfolg durchgeführt.

Am 8. Mai veranstaltete die Gruppe einen Teeabend, zu dem etwa 40 Gäste erschienen waren. Nach einem einleitenden Referat des 1. Vorsitzenden, das die Gruppe charakterisierte und anhand beispielhafter politischer Fragen ihre Stellung darlegte, wurde in kleineren Gruppen diskutiert. Auf der zweiten Mitgliederversammlung wurden 8 Mitglieder aufgenommen.

Am 15. Mai referierte Dr. Agnoli vom Institut für politische Wissenschaften Köln, über das Thema: "Sozialismus, Revisionismus und SPD".

Am 29. Mai fand ein Schallplattenabend mit Songs von Brecht statt. In einer Veranstaltung am 5.6. referierte Walter Giere über "Theoretische Fragen des Sozialismus".

Auf ein Flugblatt eines bis dato unbekannten "Aktionskommitess gegen kommunistische Zersetzung", hinter dem sich offensichtlich autoritäre "Freiheitsretter" nach Art des Kommitees "Rettet die Freiheit" verbargen, reagierte einzig der SDS mit einem Gegenflugblatt, das von großen Teilen der Studentenschaft mit Befriedigung aufgenommen wurde. Es legte eindringlich den antidemokratischen Charakter der primitiven und militanten "Haltet den Dieb"-Parolen dar, mit denen das vorausgegangene Flugblatt u.a. eine "kampfbereite Studentenschaft" im Kampf gegen die kommunistische Zersetzung der Hochschulen forderte.

Zwei Arbeitsgemeinschaften werden gegenwärtig in der Gruppe durchgeführt:

1. "Am Beispiel Österreichs" (nach dem Buch von J. Buttinger),
2. "Hochschulpolitik.

Vom 26.6. bis 1.7. wird die Ausstellung "Ungesühnte Nazijustiz" gezeigt.

GÖTTINGEN

Die Gruppe plant zusammen mit der Gruppe Wilhelmshaven für Ende Juni eine Landes-DK mit einem Seminar über die Lage der sozialitischen Linken und des SDS.

Am 31. Mai führte die Gruppe zusammen mit den Tutoren der akademischen Burse und der Afro-Asiatischen Studentenunion eine Veranstaltung zu den Hintergründen der Apartheidpolitik in Südafrika durch.

HAMBURG

Am 8. Mai führte die Gruppe an der Uni. einen Teeabend für Erstsemester durch. Am 11. Mai folgte ein Ausflug mit den Gästen des Teeabends. Die Arbeit, die im Winter fast zum Erliegen gekommen war, läuft wieder an.

Die Gruppe hat sich aktiv an der Maidemonstration des DGB beteiligt und führte im Jugendzug ein Tranparent mit, daß die Aufschrift trug: "Neue Universitäten statt Atomraketen". Es kam zu einem Tumult. Studente und junge Arbeiter verteidigten das Transparent, bis es in dem Tumult von der Polizei zerbrochen wurde.

Erstmalig gibt die Universitätsgruppe eine kleine gedruckte Zeitschrift heraus (aspekte), die kostenlos an die Studenten verteilt wird.

Vom 29. Mai bis 9. Juni zeigte die Gruppe gemeinsam mit AStA und LSD die Ausstellung "Dokumente zur NS-Justiz" im Pädagogischen Institut der Universität. (Siehe auch gesonderten Bericht!)

HEIDELBERG

Vom 13. - 15. Mai fand im Heim der evanglischen Studentengemeinde ein wissenschaftliches Seminar zum Thema "Ökonomische Aspekte der Koexistenz" statt, getragen von der SDS-Gruppe Heidelberg und einer Delegation der Studentenschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig. Es nahmen Gäste von anderen Studentenverbänden teil. Während die allgemeinen abstrakten Forderungen der Koexistenz - kontrollierte Abrüstung, Ausschaltung des Krieges als Mittel zur Lösung von Konflikten usw. - beiden Seiten gemeinsam waren, ergaben sich unterschiedliche Auffassungen in der Einschätzung der politischen Durchführbarkeit! Die Frage, wie im Prozeß der Wiedervereinigung die Gegensätze zwischen beiden Wirtschaftsordnungen allmählich gelöst werden können, konnte nicht geklärt werden. Trotz der Meinungsverschiedenheiten wurde eine Fortführung der Diskussion befürwortet. Auch der AStA der Universität Heidelberg unterhält akademische Kontakte dieser Art.

KIEL

Am 9. und 18. Mai veranstaltete die Gruppe zwei Einführungsabende, die einen starken Besuch zu verzeichnen hatten. Die Abende standen unter dem Motto: "Informieren - urteilen! - mitarbeiten?" und "Diskutieren Sie mit uns!" Die Mitgliedschaft übersteigt die Zahl von 50, u.a. durch einen erneuten Übertritt aus dem SHB.

Vom 9. - 15. Mai wurde in Zusammenarbeit mit dem LSD und dem Historisch-Politischen Club die Ausstellung "Dokumente zur Nazi-Justiz" ge-

zeigt (Siehe auch gesonderten Bericht).

Für den Juni wurde eine Veranstaltung zum Thema "Der Dichter Bertolt Brecht" mit Vorträgen, Filmen und Tonbändern geplant. -- Vom 9.-11. Juni fand ein Internationales wirtschafts- und sozialpolitisches Seminar statt, an dem Genossen aus Dänemark und dem norddeutschen Raum teilnahmen.

Arbeitskreise des Sommersemesters:

1. "Aktuelle Politik" - Diskussion der Tagesereignisse anhand der Lektüre in- und ausländischer Zeitungen.
2. "Einführung in den Marxismus" - Geschichte und Hauptwerke des Marxismus.

MAINZ

Weiterhin gibt die Gruppe eine kleine Zeitschrift (Das Offene Wort) heraus, die kostenlos an die Studenten verteilt wird.

In einem Arbeitskreis werden zusammen mit zwei Vertretern der Gruppe Frankfurt Fragen des Marxismus (Marx: Das Kapital; Schriften von Lukacs) diskutiert.

MÜNCHEN

Die Gruppe hat einen publizistischen Arbeitskreis, der eine kleine Zeitschrift vorbereitet. Außerdem hat sie einen Arbeitskreis über sozialistische Theorie gebildet.

Die Gruppe setzt ihre regelmäßigen Abende mit öffentlichen oder internen Referaten und Diskussionen fort. Am 17. Mai fand die erste Großveranstaltung statt: Dr. Hans Bunge, ehem. Leiter des Brecht-Archivs, sprach zum Thema: "Der Song bei Brecht" (mit Tonbandaufnahmen).

Geplant sind Vorträge über Persien, Kuba, Referate von Prof. Max Bense, Stuttgart, und Erich Kuby, München.

Mitglieder der Gruppe arbeiten im Algerien-Kommitee und Afrika-Ausschuß des Ringes Politischer Studentengruppen mit.

STUTTGART

Vom 12.-17. Juni wurde von Hamburg kommend die Ausstellung "Dokumente zur Nazi-Justiz" gezeigt.

TÜBINGEN

Die Ausstellung über Afrika, die noch im Juni eröffnet werden soll, veranschaulicht die Regime Salazar, Verwoerd, Tschombé, Oppenheimer und Welensky, und stellt außerdem zum Kontrast einige Einzelprobleme dar. Außerdem wird ein Veranstaltungs-und Arbeitskreis-Programm durchgeführt.

WILHELMSHAVEN

Neben dem Arbeitskreis- und Veranstaltungsprogramm liegt in diesem Semester mehr Gewicht auf der Arbeit im AStA und der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

WÜRZBURG

Die Gruppe plante Diskussionsabende über utopischen Sozialismus, Grundzüge der philosophischen und ökonomischen Grundlagen des Marxismus, Vergleich der Parteiprogramme der SPD, außerdem 2 Filmabende und einen größeren Vortrag.

Der im Inhaltsverzeichnis der Ausgabe Mai angekündigte Anhang lag aus technischen Gründen leider nur einem Teil der Auflage bei. Soweit möglich, holen wir mit der vorliegenden Ausgabe das Versäumnis nach. Bei dem Anhang handelt es sich um eine Untersuchung zum politischen Bewußtsein der deutschen Studentenschaft, die wir schon vor längerer Zeit druckten, aber erst kürzlich veröffentlich konnten. Der gesonderte Vermerk "Vertraulich" ist somit hinfällig geworden.

Da die Beiträge unserer Mitglieder nur einen Teil der Ausgaben decken können, ist unser Verband, zumal ihm keine öffentlichen Mittel gewährt werden, dringend auf Spenden angewiesen. Wir bitten noch einmal, uns die Namen von Interessenten mitzuteilen, damit wir ihnen die "neue kritik - informationen" zusenden können. Auf Wunsch überlassen wir gerne kostenlos einige Exemplare zur Verteilung.

----------bitte hier abtrennen----------

BESTELLZETTEL für die "neue kritik - informationen", herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, -- bitte einsenden an Manfred Liebel, Offenbach am Main, v. Behringstraße 114.

Hiermit bestelle ich bis auf weiteres je ..... Exemplar(e) der "neue kritik - informationen" (Erscheinungsweise: monatlich, außer in den Semesterferien) zum Preise von DM -.50 pro Exemplar. Den Betrag für .....Ausgaben überweise ich im voraus zusätzlich einer Spende von DM..... (insgesamt DM.....) auf das Postscheckkonto des SDS: 316 07 PschA Ffm.

Name:..... Organisation:.....

Anschrift:.....

Datum:.....

.....
(Unterschrift)

Bitte, weitere Exemplare schicken an:

Name:..... Name:.....

Anschrift:..... Anschrift:.....